

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 Mk. monatlich, 1,00 Mk. wöchentlich, 30 Mk. frei im Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsblätter mit Illustration 10 Pf. Postabonnementspreis: 1,50 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mk., für das übrige Ausland 4 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1876.

Die Inflation-Gebühr
 beträgt für die letztgenannte Kolonietabelle oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungen 30 Pf., kleine Anzeigen, das letzte Blatt 20 Pf., (außerhalb 2 letzte Blätter 10 Pf.), Stellenangebote und Geschäftsverträge das erste Blatt 10 Pf., jedes weitere Blatt 5 Pf., Blätter über 15 Blätter zahlen für zwei Blätter. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokratisches Berlin“.

Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Gedruckt: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 23. Mai 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Gedruckt: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die neuen Männer.

Amtlich. Berlin, 22. Mai. (W. L. B.) Seine Majestät der Kaiser und König haben dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums und Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück die nachgesuchte Entlassung aus seinen Ämtern unter Verleihung des Titels und Ranges eines Staatsministers und unter Verleihung des hohen Ordens vom Schwarzen Adler erteilt und ihn von der allgemeinen Stellvertretung des Reichskanzlers entbunden, den Staatsminister und Staatssekretär des Reichsschatzamt Dr. Helfferich zum Staatssekretär des Innern ernannt und mit der allgemeinen Stellvertretung des Reichskanzlers beauftragt, den Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, Wirklichen Geheimen Rat Grafen von Roedern vom 1. Juni 1916 ab zum Staatssekretär des Reichsschatzamt ernannt und bestimmt, daß bis zum 1. Juni 1916 die Geschäfte des Reichsschatzamt durch den Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich weiterzuführen sind. Seine Majestät der König haben ferner den Staatsminister Dr. von Breitenbach zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums ernannt.

Berlin, 22. Mai. (W. L. B.) Seine Majestät der Kaiser und König haben an den Staatsminister Dr. Delbrück folgenden Allerhöchsten Aufschreiben gerichtet:

Mein lieber Staatsminister Delbrück!

Nachdem Ich Ihnen durch Erlass vom heutigen Tage die nachgesuchte Dienstentlassung in Gnaden erteilt habe, ist es Mir ein Bedürfnis, Ihnen Meinen wärmsten Dank für die hingebende und aufopferungsvolle Treue auszusprechen, mit der Sie Ihre hervorragende Kraft allezeit im Frieden wie im Kriege, in den Dienst des Vaterlandes gestellt haben. Als Zeichen Meiner Anerkennung und Meines Wohlwollens habe Ich Ihnen den hohen Orden vom Schwarzen Adler verliehen, dessen Abzeichen Ich Ihnen hierneben mit Meinen besten Wünschen für Ihre Gesehung und Ihr Wohlergehen zugehen lasse.

Ich verbleibe Ihr wohlgeneigter Kaiser und König
 gez. Wilhelm K.

Großes Hauptquartier, den 22. Mai 1916.

Berlin, 22. Mai. (W. L. B.) Der Kaiser empfing heute vormittag die Präsidenten des Reichstags, des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses in Audienz. Das Staatsministerium war zur Tafel geladen.

Seit etwa 10 Tagen brachte die bürgerliche Presse in ihren Morgen- und Abendblättern regelmäßig Namen für die neuzubesehenden Ministerstellen. Dieses Raten und Prophezeien geschah mit einer solchen Ausdauer, als ob wirklich alles von der Person der neuen Minister allein abhängt. Nun ist es sicher nicht gleichgültig, wer die neue Reichslebensmittelzentrale und wer die Reichsfinanzen in Zukunft zu leiten haben wird. Aber diese ständige Beschäftigung mit einzelnen Personen zeigt doch, daß man in bürgerlichen Kreisen die Bedeutung der bestehenden Verhältnisse, die jene Männer zu regeln und zu leiten haben werden, ganz gewaltig unterschätzt. Wenn 22 Monate lang nach einem Wort der halbamtlichen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die Regelung der Nahrungsmittelversorgung durch allerlei „Widerstände“ durchkreuzt worden ist, dann wäre es doch wichtiger, sich mit der Art dieser Widerstände und den Kreisen, in denen sich diese Widerstände verkörpern, zu beschäftigen. Diese Widerstände aufdecken und der Öffentlichkeit denunzieren, wäre zum mindesten eine dringliche Vorarbeit für diejenigen Männer, die diese Widerstände zu überwinden haben werden. Wir fürchten, daß auch die neuen Männer an den Widerständen scheitern werden, wenn man sich auch jetzt noch scheut, diese Widerstände offen zu bezeichnen und soweit sie im Dunkeln arbeiten, ans Licht zu ziehen. Diese Widerstände kommen ja nicht nur bei der Ernährungsfrage in Betracht, sondern auch bei der Regelung der Reichsfinanzen.

Der jetzige Staatssekretär des Reichsschatzamt, Dr. Helfferich, ist also, wie die Presse eifrig verkündete, wirklich zum Staatssekretär des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers ernannt worden. Es ist das immerhin eine auffällige Wahl. Helfferich begann bekanntlich seine Laufbahn im Reichskolonialamt, das damals noch als eine Abteilung des Auswärtigen Amtes bestand. Dann verließ Helfferich (im Jahre 1905) den Reichsdienst, um den Posten des Direktors der anatolischen Eisenbahn anzunehmen und damit in die Deutsche Bank einzutreten, deren Mitdirektor er 1908 wurde. Während des Krieges, vor etwa einem Jahre, wurde Helfferich zur Leitung der Reichsfinanzen berufen. Ihm schreibt man gern in bürgerlichen Kreisen die Erfolge der deutschen Reichsanleihen zu. Wir wollen nicht leugnen, daß

die Propaganda für die Anleihen durch ihn einen moderneren oder sogar wir privatkapitalistischeren Anstrich erhalten hat. In Wirklichkeit sind die hohen Zeichnungsziffern der Anleihen aber nur eine Folge der eigentümlichen Lage, in der sich die deutsche Volkswirtschaft während des Krieges befindet. Da wo Herr Helfferich sich auf das politische Gebiet begab, war er keineswegs immer sehr überzeugend und glücklich. Seine Kritik der englischen Volks- und Finanzwirtschaft während des Krieges zum Beispiel scheint uns angesichts der glänzenden Abschlußziffern des englischen Reichsetats durchaus nicht stichhaltig. Und gar das Steuerbuckelt, das uns Herr Helfferich vor kurzem vorgelegt hat, bewegt sich in den alten Bahnen der Finanzliederei und zeigt noch keine Spur auch nur zu einem Ansatz für die so notwendig gewordene, vollkommene Umgestaltung der Reichsfinanzen.

Nun soll Herr Helfferich als Leiter des Reichsamt des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers neben dem Kanzler den wichtigsten Posten im Reichsministerium einnehmen. Ihm würde damit vor allem die Bearbeitung der Sozialpolitik überwiesen werden. In seinem Buch über das deutsche Nationalvermögen hat Herr Helfferich nicht gerade ein sehr großes Verständnis für die soziale Schichtung des deutschen Volkes und die sich daraus ergebenden Aufgaben bewiesen. Dieser Eindruck ist durch gelegentliche Bemerkungen, die er als Ressortminister im Reichstag machte, nur verstärkt worden. Zu den Fragen der inneren Politik hat sich Herr Helfferich bisher überhaupt noch nicht geäußert. Die wenigen Ausführungen, die er am 21. Dezember nach der bekannten Rede des Genossen Haase im Reichstag machte, zeigten jedenfalls, wie fremd Herr Helfferich diesen Fragen gegenübersteht; sie riefen sogar in bürgerlichen Kreisen Befremden hervor.

Neben dem Reichskanzler wird Herr Helfferich bei den Friedensverhandlungen wichtige Arbeit zu leisten haben. Durch seine frühere Tätigkeit kennt Helfferich sicherlich gut die handelspolitischen Beziehungen Deutschlands. Der Neuabschluss der Handelsverträge, der einen wichtigen Teil der künftigen Friedensverhandlungen ausmachen wird, findet also in Helfferich einen sachkundigen Berater. Auch in den Kolonialfragen, deren Regelung bei dem künftigen Frieden sicherlich ebenfalls eine große Rolle spielen wird, hat sich Herr Helfferich als früherer Beamter des Reichskolonialamts, als Direktor der Anatolischen Eisenbahn und als Leiter der in Ästen stark interessierten Deutschen Bank spezielle Kenntnisse erworben. Da Herr Helfferich sicherlich die Fühlung mit den Kreisen des Finanz- und Bankkapitals nicht verloren hat, und weiter als der Kandidat dieser Kreise bezeichnet werden kann, so bezeichnet seine Ernennung in den wichtigsten Staatsposten gleichzeitig den Kurs der von der Regierung Bethmann Hollwegs verfolgten Friedenspolitik. Helfferich war schon in den letzten Monaten einer der eifrigsten Helfer der Bethmannschen Politik, und seine lebhafte Unterstützung der Haltung Bethmanns in der U-Bootfrage und dem Amerika-Konflikt wurde mit Recht viel beachtet.

Wenn Herr Helfferich jetzt das Ressort des Reichsfinanzministeriums mit dem inneren Politik vertauscht und zum Vizekanzler aufsteigt, so ist darin nicht nur sein persönliches Streben nach größerem Einfluß auf die Reichspolitik zu sehen. Daß er so bereitwillig nach knapp einjähriger Tätigkeit die Leitung der Reichsfinanzen aufgibt, beweist zugleich, daß Herr Helfferich von seiner letzten Arbeit nicht recht befriedigt gewesen sein kann. Wahrscheinlich glaubt Herr Helfferich den vielfachen Widerständen bei der Neuordnung des Finanzwesens und der notwendigen Einführung von Reichseinkommen- und Vermögenssteuern nicht ganz gewachsen zu sein. Schon sein letztes Steuerprogramm zeigte, daß er mit den Widerständen rechnete und ihnen nachgab.

Nachfolger Helfferichs im Reichsschatzamt wird Graf Roedern, gegenwärtig Staatssekretär von Elsaß-Lothringen. Roedern hat zu Beginn seiner Beamtenlaufbahn im Finanzministerium gearbeitet, wurde dann Landrat von Niederbarnim und zog 1914 zusammen mit dem Herrn v. Dallwitz, bald nach den bekannten Zubernvorgängen, nach Straßburg. Ihm fällt jetzt die schwierige Aufgabe der Fortführung der Kriegsfinanzen und der Neuordnung des ganzen deutschen Steuerwesens nach dem Kriege zu. Wie weit Graf Roedern, der bisher politisch nicht besonders hervorgetreten ist, diesen Aufgaben gewachsen sein wird, läßt sich im voraus nicht sagen. Das Schicksal der letzten Steuerforderungen der Regierung zeigt jedenfalls, wie wenig Neigung bei unsern Besitzenden besteht, mit dem bisherigen System zu brechen. Auch jetzt noch suchen die einflussreichsten bürgerlichen Parteien die starke Belastung der breiten Massen aufrechtzuerhalten und zu verstärken, um direkten Reichsteuern zu entgehen. Herr Helfferich hat diese Widerstände nicht beseitigen wollen oder können und es bleibt abzuwarten, ob sein Nachfolger bessere und gründlichere Arbeit leisten wird. Die Arbeiterkchaft wird auf jeden Fall ihre ganze Kraft in die Wagschale werfen, um eine gründlichere Reform des Finanzwesens auf der Basis des Erlasses indirekter Steuern durch direkte Steuern anzubahnen. Falls Graf Roedern diesen Weg ebenfalls beschreiten will, so wird er in der politischen Vertretung der Arbeiterkchaft, abgesehen allerdings von den Steuer-„Umlernern“ unserer Partei, eine starke Stütze finden.

Das neue Kriegsernährungsamt.

Berlin, 22. Mai. (W. L. B.) Nach einer amtlichen Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hat der Bundesrat den Reichskanzler ermächtigt, eine eigene, neue, ihm unmittelbar unterstellte Behörde, das „Kriegsernährungsamt“, zu errichten. Der Präsident dieser Behörde erhält das Verfügungsrecht über alle im Deutschen Reich vorhandenen Lebensmittel, Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Lebensmittelversorgung notwendig sind. Ferner über die Futtermittel und die zur Sicherung nötigen Rohstoffe und Gegenstände. Das Verfügungsrecht schließt die gesamte Verkehrs- und Verbrauchsregelung (damit erforderlichenfalls natürlich auch die Enteignung), die Regelung der Ein-, Aus-, Durchfuhr sowie der Preise ein. Der Präsident kann in dringenden Fällen die Landesbehörden unmittelbar mit Anweisungen versehen. Zum Präsidenten des Kriegsernährungsamts ist der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen von Batschki berufen.

Ein Jahr Weltkrieg.

Am 23. Mai wird es ein Jahr seit dem Eintritt Italiens in den Weltkrieg. Vielleicht mehr als irgendwo sonst herrscht gerade hier völlige Enttäuschung über das Ergebnis des opfervollen, freudlos heraufbeschworenen Krieges. Schon in den ersten 7 Kriegsmontaten zählte Italien 175 000 an Toten und Verwundeten; heute sind es wahrscheinlich schon mindestens 300 000 Personen, die Italien zu beklagen hat. Dann hat der Krieg etwa 7 Milliarden Lire, zusammen mit den Mobilisationskosten sogar rund 9 Milliarden Lire verschlungen, und mit welchem Resultat? Was hat Italien noch zu erwarten, zu erhoffen?

Die Kriegsfolgen drücken schwer auf die Volksmassen. Da diese gewaltigen Summen in einem im allgemeinen armen Lande nicht aufgebracht werden konnten, griff Italien wie die anderen kriegführenden Staaten zur Notentpresse. Die schwebende Schuld Italiens ist bis zum 31. März auf 5,4 Milliarden Lire angestiegen, wovon auf die Vorschüsse der Banca d'Italia 1,6 Milliarden Lire und auf ausländische Schatzwechsel 1,44 Milliarden Lire kommen. Italien, das lange Jahre gebraucht hat, sich von der ausländischen Verschuldung zu befreien, ist wiederum in starke Abhängigkeit vom Ausland geraten. Viel schlimmer ist aber noch das Anwachsen des Notenumlaufs, der bei der Banca d'Italia vom 31. Juli 1914 bis 31. März 1916 von 1,73 auf 2,91 Milliarden Lire angestiegen ist, und zwar als direkte Folge der Vorschüsse an den Staat. Denn der private Bedarf an Noten ist auch in Italien gesunken, wie man aus der Verminderung des Wechselportefolles bei der Bank schließen darf.

Da zugleich sich die Handelsbilanz immer ungünstiger gestaltet; der Einfuhrüberschuß stieg gegenüber dem Vorjahre von 713 auf 1115 Millionen Lire, im verfloffenen Jahre an, so ist auch in Italien eine starke Entwertung des Geldes eingetreten, um rund 20 Proz., gegenüber dem ebenfalls etwas gesunkenen Pfundwechselfurs um 17,80 Proz. Was das für ein Land, das auf die Einfuhr in hohem Maße angewiesen ist, bedeutet, erhellt aus folgendem Beispiel. Anfang dieses Jahres berechnete der Turiner Volkswirt L. C. Inaudi im „Corriere della Sera“, in welchem Maße die Kohle im Preise gestiegen ist. Danach kostete vor dem Kriege in Italien eine Tonne Kohle 30 Lire, Anfang Januar aber 190 Lire, wobei infolge des Disagios, das allerdings dann 25 Proz. betrug, nicht weniger als 31 Lire Aufschlag gezahlt werden mußten, also mehr als die Kohle vor dem Kriege überhaupt gekostet hat. . . . Rechnet man aber nur einen Aufschlag von 20 Proz., so hat Italien für seine Gesamteinfuhr von 3331 Milliarden Lire rund 666 Millionen Lire mehr zu zahlen gehabt, als es bei normalem Kurse zahlen müßte.

In noch stärkerem Maße hat Italien unter der horrenden Frachterhöhung zu leiden. In dem schon erwähnten Aufsatz Einaudi wird der Frachtpreis von England bis Genua für die Zeit vor dem Kriege auf 7½ Schilling pro Tonne, für Ende Mai 1915 auf 30½ Schilling und für Anfang 1916 auf 66½ Schilling angegeben; die Frachtpreise sind also auf das Neunfache gestiegen und haben bei dem damaligen Kursstande des italienischen Geldes 102,74 Lire oder das Dreieinhalbfache des früheren Kohlenpreises ausgemacht!

Ähnlich liegen die Verhältnisse auf den anderen Gebieten; so verdrängen die Frachtkosten zwei Fünftel des jetzigen Getreidepreises in Italien. Die Leuerung ist darum sehr groß. Da zugleich die Auswanderung unterbunden und sehr viele Auswanderer in die Heimat zurückgekehrt sind, so ist auch die Arbeitslosigkeit groß, wodurch die Löhne gedrückt werden. Die italienische Industrie profitiert allerdings ebenfalls aus den Staatsaufträgen; manche Unternehmer machen sogar glänzende Geschäfte. Im allgemeinen zeigt sich aber in Italien eine Stöckung in der Kapitalakkumulation, wenigstens weisen die Depositionen bei den Banken nur niedrige Zahlen auf, zum Teil sogar niedrigere als vor dem Kriege.

Um über diese traurigen Verhältnisse die Volksmassen hinwegzutäuschen, wird auch in Italien jetzt sehr viel über die künftige Handelsvereinbarung mit den Verbündeten gefaselt. Man fühlt auch da, daß man doch dem Volke etwas bieten muß, um seine Enttäuschung über die Politik der Herrschenden nicht allzu arg werden zu lassen. Auch in Italien gehen in dieser Beziehung die Meinungen weit auseinander, von

völligen Unionschwärmern bis zu den Befürwortern der Vorzugsbehandlung der Verbündeten. Nun ist aber die wirtschaftliche Struktur Italiens der Frankreichs sehr ähnlich, und diese Länder können sich einander am meisten Konkurrenz machen. Darum hat man sich in Italien bis jetzt gerade bemüht, sich gegen französische Einfuhr zu schützen. Sie ist auch von 1901/05 bis 1908/12 relativ zurückgegangen, von 14,1 auf 9,5 Proz. der Gesamteinfuhr, während die Einfuhr aus England sich auf der gleichen Höhe (15,6 Proz.) erhalten und die aus Deutschland gar von 12,6 auf 16,7 Proz. des Gesamtimports gestiegen ist.

Es ist richtig, daß inzwischen der Handel Italiens mit seinen Verbündeten stark angestiegen ist, wie nicht anders zu erwarten war. Es stellte sich nämlich in Millionen Lire:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1913	1914	1913	1914
England	591,8	505	488	260,5
Frankreich	283,4	206	178	231,5
Deutschland	612,7	503	166	343,4
Oesterreich-Ungarn	264,7	234	84	221,1
				157
				105

Diese relativ günstige Gestaltung des Handels mit seinen Verbündeten wirkt auf die Stimmung der Kreise ein, die davon momentan Vorteile ziehen. Es ist aber ohne weiteres klar, daß Italien wenig Aussicht hat, die deutsche Konkurrenz auch in Friedenszeiten von dem englischen Markt zu verdrängen, am wenigsten in der Eisen- und Stahlindustrie oder in Erzeugnissen der chemischen Industrie usw. Im ersten Kriegsjahre verfügte Italien noch über Vorräte, die es den Verbündeten zur Verfügung stellte, 1918 wird wahrscheinlich schon ein Umschlag eintreten und Italien bei England bedeutend mehr kaufen als ihm umgekehrt zu verkaufen haben. Daß ferner Italien noch 1915 relativ so bedeutende Summen nach den Zentralmächten ausgeführt hat, zeigt, wie wichtig diese Handelsbeziehungen sind. Vor dem Krieg nahm Deutschland 14,4 Proz. und Oesterreich-Ungarn 8,5 Proz., zusammen 22,9 Proz. des italienischen Exports auf, während nach Frankreich, England und Rußland 21,9 Proz. der Ausfuhr gingen. Allerdings kaufte England in der Hauptklasse Fabrikate, während Deutschland Nahrungsmittel und Halbfabrikate wie Rohstoffe aus Italien ausführte; immerhin ist ein großer Teil der italienischen Bourgeoisie an den Handelsbeziehungen zu Deutschland intensiv interessiert. Schon jetzt kann man darum auch ernste Warnungen gegen eine einseitig gebundene Handelspolitik vernehmen; nach dem Kriege werden die materiellen Erwägungen sicherlich noch von größerer Wirkung sein. So bleibt das allgemeine Resultat des ersten Kriegsjahres: ungeheure Verschuldung, Zerrüttung des Geldsystems, allgemeine Verarmung und wirtschaftliche Abhängigkeit vom Auslande, während die Hoffnungen auf Albanien und Teile Kleinasiens als endlich begraben zu betrachten sind. Was Wunder, wenn das Proletariat immer energischer Protest gegen den Krieg erhebt.

Beunruhigung in Italien über die österreichischen Erfolge.

Lugano, 21. Mai. (T. U.) Die gestrigen Verhandlungen des italienischen Ministerrats beweisen, daß der österreichische Sieg bereits sehr mächtig auf die geplante Festkriegspolitik bei der Jahresfeier der Kriegserklärung gewirkt hat. Die Minister stimmten darin überein, daß der gegenwärtige Moment ungeeignet sei, um eine Denkschrift und Forderungen abzugeben, außerdem müßten die Minister in der Nähe Roms verbleiben, wo ihre Anwesenheit notwendig sei. Deshalb sagten Orlando, Borzilai und Martini die Besuche und Reden in Turin usw. ab. Der Kriegminister gab im Kabinett eine Erklärung der militärischen Situation, worauf „Giornale d'Italia“ offiziell mitteilte, das Oberkommando sei vollständig ruhig hinsichtlich der Lage. Ueber die Einberufung der Kammer werde ein späterer Ministerrat die Entscheidung treffen. Das italienische Volk und die Vertreter der Presse zeigen sich im Gegensatz zu den verbündeten angeblichen Ruhe des Oberkommandos in höchstem Grade beunruhigt. Dies geht klarstens aus dem öffentlichen Aufschrei des „Corriere della Sera“ hervor, der in zwei Spalten langen Ausführungen unter der in Fettdruck gegebenen Ueberschrift „Stunde der Einheitsaktion“ den Alliierten nachweist, jetzt müsse sofort die längst beschlossene und oft verkündete Einheitsaktion zur Entlastung Italiens einleiten. Das Blatt enthält die Festigkeit der österreichischen Offensiv, die neuerdings den Vorteil der Zentralmächte behält, welche, gleichviel ob in der Defensive oder Offensiv, dank ihrer Lage aus dem Zentralpunkt operieren können. Die Franzosen machten diese Erfahrung bei Verdun, jetzt sei Italien in der Lage der Franzosen. Jetzt sei die Stunde für die Russen gekommen, offensiv einzugreifen. Die „Tribuna“ bemerkt gleichfalls, das Prinzip der Einheitsfront, die von den Generalstäben der Alliierten längst beschlossen sei, müsse sich jetzt verwirklichen. Die Antwort auf Oesterreichs Trentino-Offensive müsse auf oberem Kriegstheater gegeben werden. Nach einem Artikel des Obersten Cavares im „Giornale d'Italia“ bilde die Tirol-Offensive nur ein Ablenkungsmanöver. Italien müsse vorbereitet und wachsam sein, daß Oesterreichs Absichten nicht an anderen Stellen durchgesetzt werden. „Idea Nazionale“ stellt die Frage, wann werden die Generalstäbe der Ententemächte sich dazu entschließen, jene große Einheitsaktion an der Einheitsfront einzuleiten, welche den Zentralmächten die Freiheit der Bewegung nehmen sollte. Der „Secolo“ berührt seine Forderung und schreibt, Oesterreich spiele seine letzte Karte aus. Die Tiroler Offensive sei eine Verzweiflungstaktik, weil man wisse, daß eine russische Offensive bevorstehe.

Bern, 22. Mai. (B. Z. V.) Auf den tiefen Eindruck, den der österreichische Vorstoß in Südtirol in Italien gemacht, und auf die Beunruhigung, die er bei dem Verband hervorgerufen hat, läßt eine sehr umfangreiche Auslassung der „Agenzia Stefani“ schließen, die insbesondere die ungeheuren Vorbereitungen der Oesterreicher hervorhebt und darauf hinweist, daß die Mittelmächte in der Herstellung von Kanonen, insbesondere von großkalibrigen Geschützen, über reichliche Mittel verfügen, die sie mit Verschwendung verwenden. Die Oesterreicher hätten gegen die vorgeschobenen italienischen Linien ein starkes konzentrisches Feuer gerichtet. Sodann spricht die „Agenzia Stefani“ diesen Leuten einen dauernden Wert ab und erklärt, sie seien infolgedessen bei einem starken feindlichen Vorstoß nach angemessener Kaschnung zu räumen gewesen. Zum Schluß heißt es: Bekannt ist der genante Reichthum der Mittelmächte an Schießbedarf, der ihnen gestattet, ihre Artillerie derartig spielen zu lassen, daß es zuweilen ans Phantastische grenzt. Den gewaltigen österreichischen Anstrengungen gegenüber kämpft unser Heer mit wechselndem Glück, aber mit Vertrauen und Festigkeit. Unser Land teilt jetzt mit Frankreich die Ehre und Last des militärischen Drucks der Mittelmächte, welche die Drohung bereiten wollen, die für sie in dem gemeinsamen Vorgehen des Verbandes besteht, und die jetzt die Initiative an sich zu reizen suchen.

Französische Kritik an der italienischen Kriegsführung.

Bern, 21. Mai. (B. Z. V.) Kaum sichern die österreichisch-ungarischen Erfolge in Südtirol in der französischen Öffentlichkeit durch, so legt auch schon eine Kritik an der italienischen Kriegsführung ein. „L'Empire“ schreibt in einer Besprechung der militärischen Lage: Wir hatten vorausgesetzt, daß unsere

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 22. Mai 1916. (B. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Vor Neuport drang eine Patrouille unserer Marineinfanterie in die französischen Gräben ein, zerstörte die Verteidigungsanlagen des Gegners und brachte 1 Offizier 32 Mann gefangen zurück.

Südwestlich von Givendy-en-Gohelle wurden mehrere Linien der englischen Stellung in etwa 2 Kilometer Breite genommen und nördliche Gegenhöhe abgewiesen. An Gefangenen sind 8 Offiziere, 220 Mann, an Beute vier Maschinengewehre, 3 Minenwerfer eingebracht. Der Gegner erlitt ganz außergewöhnliche blutige Verluste.

In Gegend von Berry-au-Bac blieb in den frühen Morgenstunden ein französischer Gasangriffversuch erfolglos.

Links der Maas stürmten unsere Truppen die französischen Stellungen auf den östlichen Ausläufern der Höhe 304 und hielten sie gegen wiederholte feindliche Angriffe. Neben seinen großen blutigen Verlusten büßte der Gegner an Gefangenen 9 Offiziere 518 Mann ein und ließ fünf Maschinengewehre in unserer Hand. Die Beute aus unserem Angriff am Südhange des „Toten Mannes“ hat sich auf 13 Geschütze 21 Maschinengewehre erhöht. Auch hier und aus Richtung Chattancourt hatten Versuche des Feindes, den verlorenen Boden zurückzugewinnen, keinen Erfolg.

Rechts der Maas griffen die Franzosen mehrfach vergebens unsere Linien in der Gegend des Steinbruchs (südlich des Gehöftes Handromont) und auf der Saug-Kuppe an. Beim dritten Ansturm gelang es ihnen aber, im Steinbruch Fuß zu fassen. Die Nacht hindurch war die beiderseitige Artillerietätigkeit im ganzen Kampfschnitt außerordentlich heftig.

Unsere Fliegergeschwader wiederholten gestern nachmittag mit beobachtetem großem Erfolge ihre Angriffe auf den Etappenhafen Dünlirchen. Ein feindlicher Doppeldecker stürzte nach Kampf ins Meer. Weitere 4 Flugzeuge wurden im Luftkampf innerhalb unserer Linien außer Gefecht gesetzt, und zwar in Gegend von Wervicq, bei Royon, bei Neuport (östlich der Maas) und nördöstlich von Chateau-Salins, letzteres durch Leutnant Winters als dessen 4. Außerdem schoß Oberleutnant Voelke südlich von Avocourt und südlich des „Toten Mannes“ den 17. und 18. Gegner ab. Der hervorragende Fliegeroffizier ist in Anerkennung seiner Leistungen von Seiner Majestät zum Hauptmann befördert worden.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 22. Mai. (B. Z. V.) Amlich wird verlautbart:

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Niederlage der Italiener an der Südtiroler Front wird immer größer. — Der Angriff des Grazer Korps auf der Hochfläche vor Lastraun hatte vollen Erfolg. Der Feind wurde aus seiner ganzen Stellung geworfen. Unsere Truppen sind im Besitz der Cima Mandriolo und der Höhen unmittelbar westlich der Grenze von diesem Gipfel und der Höhen bis zum Gschach-Tal. Die Kampfgruppe Seiner L. und L. Höheit des Feldmarschallleutnants Erzherzog Karl Franz Josef hat die Linie Monte Tormeno — Monte Rajo gewonnen.

Seit Beginn des Angriffs wurden 23 833 Gefangene, darunter 482 Offiziere, gezählt. Unsere Beute ist auf 172 Geschütze gestiegen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Quefer, Feldmarschallleutnant.

Alliierten in den Bergen langen Widerstand leisten könnten. Jetzt melden die Oesterreicher, daß sie zahlreiche Stellungen besetzt haben, was der Bestätigung bedarf, denn es wäre erstaunlich, wenn der italienische Führer, der zwei Monate den feindlichen Truppenbewegungen aufmerksam folgte und die Annehmlichkeiten und das Stärkerwerden sah, nicht Maßnahmen getroffen haben sollte, um dem Stöße zu begegnen, und nicht in stande gewesen sein sollte, die Lage wiederherzustellen. Der Stillstand an der Ost- und Südostfront, meint das Blatt, wird den Oesterreichern erlauben, Truppen wegzunehmen, die ihnen gegenüber einem unbeweglichen Gegner entbehrlich sind. Wir wollen über diese Bewegungslosigkeit nicht streiten; wir kennen ihre Gründe und können sie also nur feststellen.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 22. Mai. (B. Z. V.) Amlicher Bericht vom 21. Mai. Vom Südtiroler Joch bis zur Etsch hat sich die Lage nicht verändert. Im Lagorinatal beschoß die feindliche Artillerie gestern den ganzen Tag über unsere Stellungen von Comi bis zur Jugra. Spät abends warf der Feind ungeheure Infanteriemassen zum Angriff vor, die nach erbittertem Kampfe unter ungeheuren Verlusten zurückgeworfen wurden. Gegen unsere Linien von Monte Palubio zum Terregolotal entwidelte die feindliche Artillerie eine starke Tätigkeit. Sie wurde von der unsrigen wiederbeschossen. Zwischen dem Terregolotal und dem Hochalico gemäßigter Tätigkeit der gegnerischen Artillerie. Die von uns besetzten Rückzugslinien wurden weiter verstärkt, während der Gegner seinerseits die Stellungen von Monte Rajo bis zur Tonzalpöhe besetzt. In dem Gebiete zwischen Civeco und Brenta dauerte gestern die heftige Artilleriebeschichtung gegen unsere Linien fort. Am Nachmittag und am Abend folgten heftige Angriffe der feindlichen Infanterie, die von unseren Truppen, welche dem Gegner sehr schwere Verluste zufügten, mit großer Ausdauer erstickt wurden. Einige bereits vom Feinde eroberte Feldwerke wurden von uns nach wütenden Kämpfen, in denen wir dem Gegner etwa hundert Gefangene abnahmen, zurückerobert. Im Euganatale rannte der Feind gegen unsere vorgeschobenen Posten an, die den Angriff abzuwehren und sich sodann Schritt für Schritt aus der Unterstützungslinie zurückzogen. Auf der übrigen Front zerstreutes

Feuer der gegnerischen Artillerie. Die unsere schoß die feindlichen Verteidigungsanlagen auf dem Hochhut zusammen und zerstreute Arbeitsmannschaften auf dem Calvarienberg und auf dem südwestlichen Abhang der Voggorahöhe. Kleine feindliche Angriffe auf den Monte Sabotiro und im Raume von Monsalcone wurden leicht zurückgeschlagen. Feindliche Flugzeuge warfen einige Bomben auf Boerze, Volbagro, Feltre und Fonzaso. Es gab zwei Tote, vier Personen wurden verletzt. Der Sachschaden ist geringfügig.

Cadorna.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 22. Mai. (B. Z. V.) Amlicher Bericht von Sonntag nachmittag. Am rechten Maasufer setzten die Deutschen während der Nacht ihre Angriffe gegen unsere Stellungen am „Toten Mann“ fort. Derselbe davon wurden sie durch unter Sperrefeuer, an dem sich jeder Angriffsversuch brach, zurückgeworfen, an den Westhängen von „Toter Mann“ konnten die Deutschen einen unserer Gräben der ersten Linie besetzen. Derselbe von der Maas sehr lebhafter Artillerielampf in der Gegend des Forts Vaug, keine Infanterietätigkeit. In Votbringen konnten die Deutschen nach heftiger Beschichtung durch einen Handstreich in einen unserer Gräben westlich von Ebezeilles eindringen. Unser Artillerie- und Maschinengewehrfeuer zwang den Feind, in seine Linien zurückzugehen. Er ließ Tote und Verwundete auf dem Gelände.

Flugdienst: Eine Streife feindlicher Flieger über der Gegend von Vaccarat, Epinal und Vesoul, verurteilte nur unbedeutenden Sachschaden; vier Personen wurden leicht verletzt. In der Nacht vom 20. zum 21. warfen unsere Beschichtungsflugzeuge zahlreiche Geschosse auf militärische Anlagen von Thionville, Etain, Spirocourt und auf die Lager in der Gegend von Nammes und Dambières. Die Beschichtung des Güterbahnhofes von Lumes zwang die Jäger zu eiliger Flucht und verurteilte einen großen Brand in den Bahnhofgebäuden. Bei einem Luftkampf von vier unserer Flugzeuge gegen drei Joller über dem Walde von Bezange wurde ein feindliches Flugzeug abgeschossen. Ein anderer Joller wurde durch den Angriff eines unserer Flieger gezwungen, in den feindlichen Linien zu landen, wo das Feuer unserer Batterien das Flugzeug zerstörte.

Paris 22. Mai. (B. Z. V.) Amlicher Bericht von Sonntag abend. Am linken Ufer der Maas hat die Schlacht den ganzen Tag über zwischen dem Walde von Avocourt und der Maas mit Erbitterung angehalten. Längs der Straße von Gènes nach Doucourt gestattete und ein von unseren Truppen angeführter Angriff, deutsche Gräben zu nehmen. Ein kleines Werk, das der Feind am 18. Mai südlich der Höhe 287 genommen hatte, wurde durch unsere Artillerie vollständig eingeobnet. Unmittelbar östlich der Höhe 304 richtete der Feind auf unsere Stellungen einen Angriff, er wurde aber in dem Augenblick, wo er in unserem Graben der ersten Linie Fuß fassen konnte, vollständig zurückgeworfen. Auf den Westhängen des „Toten Mannes“ wurde ein heftiger feindlicher Angriff, der durch eine Brigade ausgeführt wurde, durch unser Maschinengewehrfeuer und die Gegenangriffe unserer Grenadiere angehalten. Die feindlichen Kolonnen, die den Sturmstößen folgten, wurden unter das Feuer unserer Batterien genommen und mußten sich zurückziehen. Auf dem rechten Ufer der Maas war der Artillerielampf sehr heftig im Abschnitt von Douaumont. Im Laufe eines heftigen Angriffes nahmen unsere Truppen die durch den Feind stark besetzten Steinbrüche bei Handromont. Wir machten 80 Gefangene und erbeuteten vier Maschinengewehre. Ausgehende Artillerietätigkeit auf den übrigen Teilen der Front. Deutsche Flugzeuge führten seit gestern zwei Bombardements auf die Gegend von Dünlirchen aus. Am 20. abgeworfene Bomben töderten am Abend des 20. Mai vier Personen und verwundeten 15 andere. Heute gegen Mittag warf ein anderes feindliches Luftgeschwader an hundert Bomben auf die Vammelle von Dünlirchen. Zwei Soldaten und ein Kind wurden getötet und 20 Personen verletzt. Flugzeugen unserer Alliierten, die sofort zur Verfolgung der feindlichen Flugzeuge aufstiegen, glückte es, zwei abzuschließen in dem Augenblick, als sie ihre Linien erreichten. Bald nach dem ersten Bombardement überflog eine Gruppe von 53 französischen, englischen und belgischen Flugzeugen deutsche Lagerplätze in Wyrege und Ghiselles, auf die 250 Bomben abgeworfen wurden. Sofort empfing im Laufe des Tages an 50 Bomben, die durch deutsche Flugzeuge abgeworfen wurden. Der Sachschaden ist unbedeutend.

Belgischer Bericht: Während der Nacht des 21. Mai erlangte die gegenseitige Artillerietätigkeit im Abschnitt von Dignude große Heftigkeit. Bei Steenstraete spielte sich ein Kampf mit Handgranaten ab. Gestern gegen Tagesanbruch schoß auf der Höhe von Neuport ein belgisches Flugzeug mit Hauptmann Jaquet als Führer und Leutnant Robin als Beobachter ein deutsches Flugzeug ab, das in das Meer stürzte.

Die englische Meldung.

London, 22. Mai. (B. Z. V.) Amlicher Heeresbericht vom Sonntag: Unsere Flugzeuge hatten gestern einige erfolgreiche Gefechte. Zwei feindliche Maschinen fielen in die feindlichen und eine dritte in unsere Linien. Eines unserer Flugzeuge fiel in die feindlichen Linien. Die Artillerie verboobständigte mit vielem Erfolg die Tätigkeit. Eine feindliche Maschine landete heute früh unbeschädigt in unseren Linien, der Führer und der Beobachter wurden gefangen genommen. Der Feind machte gestern Nacht drei kleine Angriffe südwestlich von Biells, die alle zurückgeschlagen wurden. Die feindliche Artillerie zeigte sich tagsüber zwischen Vimy und Voos sehr tätig. Sie richtete ein sehr heftiges Feuer nachmittags auf unsere Grabenfront südlich von Souchez. Unsere Artillerie antwortete und brachte die feindliche Batterie zum Schweigen.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 22. Mai. (B. Z. V.) Amlicher Bericht vom 21. Mai. Westfront: Die Angriffsversuche der Deutschen in der Gegend von Jülg und nördlich des Jüler-Sees wiesen wir durch unser Feuer mit großen Verlusten für den Feind ab. — Auf der übrigen Front beschränkten sich die Feindseligkeiten auf Artillerie- und Gewehrfeuer, besonders lebhaft im Abschnitt von Dünlirchen und weiter südlich bei Smorgon und Krewo. — In der Gegend von Dünlirchen und nördlich des Riedziol-Sees schossen die Deutschen mit Explosivgeschossen.

Kaukasusfront: In Richtung Mosul setzten unsere Truppen ihren Vormarsch fort.

Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 20. Mai. (B. Z. V.) Amlicher Bericht vom 20. Mai. An der Frontfront dauert die Ruhe an. Hauptmann Schütz hat einen feindlichen Doppeldecker abgeschossen, der in 500 Meter Höhe über den Flugplatz flog. Das ist das dritte von ihm in Irak abgeschossene Flugzeug.

An der Kaukasusfront hat sich nichts von Bedeutung ereignet. Die von uns in der letzten Schlacht gemachte Beute besteht aus 400 Gewehren, 200 000 Gewehrpatronen, Tragen für ein Bataillon und einer Menge von anderem Kriegsmaterial.

Konstantinopel, 21. Mai. (B. Z. B.) Amtlicher Seeresbericht vom 21. Mai.

Von keiner Front ist Wichtiges zu melden. Zwei feindliche Flieger überflogen Sed ul Wahr, wurden aber durch unser Artilleriefeuer nach Richtung auf Imbros hin vertrieben. Am 18. Mai beschossen drei feindliche Kriegsschiffe zwei Stunden hindurch die Ortschaft Al Kriah. Gleichzeitig erschienen dort sechs feindliche Flieger und warfen dort 100 Bomben ab. Eine Person wurde getötet, fünf leicht verletzt.

Fliegerangriff gegen Kairo.

Kairo, 22. Mai. (B. Z. B.) Amtlich wird gemeldet: Zwei feindliche Flugzeuge warfen sechzehn Bomben hauptsächlich auf das arabische Stadtviertel ab. Zwei Zivilpersonen wurden getötet, dreizehn Zivilpersonen und fünf Soldaten verwundet. Die Flieger benutzten Scheinwerfer, ehe sie die Bomben schleuderten. Sie wurden durch das Feuer der Abwehrgeschütze schnell vertrieben.

Kämpfe am Tigris.

London, 22. Mai. (B. Z. B.) Nach einer Mitteilung des Kriegsamtes meldet General Sale, daß der Feind am 19. Mai Betkassa und die vorgeschobenen Stellungen auf dem rechten Tigris geräumt habe. General Corringe habe den Feind verfolgt, ihn angegriffen und die Dujailah-Schanze genommen. Der Feind halte noch die Samahat-Stellung auf dem linken Ufer. Eine russische Kavallerieabteilung sei nach einem lässigen und abenteuerlichen Mitt zu den Truppen des Generals Corringe gestochen.

Bethmann Hollwegs Antwort an Grey und Poincaré.

Der „Lok.-Anz.“ schreibt in seiner Acht-Uhr-Abendausgabe:

„Wie wir erfahren, hat der Reichskanzler Herr Karl v. Biegand, dem bekannten Vertreter verschiedener amerikanischer Blätter (u. a. „New York World“ und „Washington Post“), eine Unterredung gewährt, in der er ausführlich auf die letzten, durch Sir Edward Grey einem amerikanischen Korrespondenten gegenüber getanen Äußerungen eingeht und auch die Rede Poincarés in Nancy streift. Soweit wir über diese Unterredung des Reichskanzlers mit Herrn v. Biegand unterrichtet sind, hat Herr v. Bethmann Hollweg in weit ausdehnender Weise die wiederholten Grey'schen Behauptungen widerlegt, als sei Deutschland als Friedensstörer Europas zu betrachten. Im großen und ganzen scheinen die Ausführungen des Kanzlers in eine Aufforderung an die Minister der Ententemächte, und besonders an Sir Edward Grey, der das Friedensbedürfnis Englands so ausdrücklich betont hat, auszufallen, doch lieber endlich, wenn wirklich der Friede gewünscht wird, Anschuldigungen und nebelhafte Beteuerungen gebadet und noch zu erringender Erfolge beiseite zu lassen und mit deutlich verständlichen Feststellungen dessen hervorzutreten, was sie von einem Friedensschluß erwarten, der diesem mörderischen Krieg auf der Grundlage der wirklichen Kriegslage ein Ende zu setzen imstande sein soll. Nur auf diese Weise wäre es möglich, einer Verwirklichung der heutigen Sehnsucht aller Völker näherzukommen.“

Thallis über die unabänderliche Neutralität Griechenlands.

Athen, 20. Mai. (B. Z. B.) Vom Privatkorrespondenten des B. Z. B.) Auf die Interpellation eines Abgeordneten, der über die zwischen der Regierung und der Entente bestehenden Mißverständnisse Aufklärung verlangte, antwortete Minister Thallis, daß die Regierung für unvermeidliche Reibungen, die vorgekommen seien und auch weiter vorkommen würden, durchaus nicht verantwortlich sei. Diese Reibungen seien nur deswegen unvermeidlich, weil die Entente nicht den Plan ausgegeben habe, Griechenland dazu zu zwingen, aus der Neutralität herauszutreten, damit sie sich der griechischen Armee bedienen könne. — Thallis' energische Äußerungen wurden von der ganzen Kammer mit begeistertem Beifall begrüßt. Der Antragsteller betonte, er stimme im großen und ganzen den Ansichten der Regierung bei.

Ein Brief Macdonalds an die Franzosen.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Im „Labour Leader“ veröffentlicht Genosse Ramsey MacDonald einen offenen Brief an die französische Sozialistische Partei. Die bekannten Verhältnisse verhindern uns leider, den Text vollständig wiederzugeben, und eine Wiedergabe mit Auslassungen kann leicht die Kritik Macdonalds einseitig erscheinen lassen. Inbess scheinen uns Macdonalds Argumente so schlagend, daß wir ihre Mitteilung für unerlässlich halten.

Macdonald geht von der tragischen Situation aus, worin sich die französische Partei durch die Invasion und durch die Ermordung Jaurès befand. Er spricht die besondere Sympathie der Unabhängigen Arbeiterpartei für die französischen Sozialisten aus, die als „Erben einer Kultur von Revolution und Freiheit einem gefühllosen wirtschaftlichen Materialismus nicht erlaubt hätten, ihren Sozialismus abzustumpfen“. Er meint, daß die F. A. P. und die französische Partei auf dem Kongreß in Wien einen großen Triumph gefeiert hätten, aber er erhebt die Frage: „Doch wo steht Ihr jetzt?“

Was tate Jaurès?

Es ist im allgemeinen ungeschick, darüber zu spekulieren, was der Tote getan hätte. Aber ich denke, daß Eure Haltung, wenn Jaurès lebte, eine andere gewesen wäre. Er würde Euch gesagt haben, daß es Eure Pflicht sei, Euer von der Invasion heimgesuchtes Land zu verteidigen, aber er würde Euch nicht über die Verantwortlichkeit geläuscht haben, die der Krieg Euch auferlegte. Ihr konntet nicht Eure Allianz mit Rußland annehmen und gleichwohl der Invasion entgegen! Diese Allianz — was sie auch sonst für Verdienste oder Pecher habe — bedeutete für Euch, daß die deutsche Heere im Augenblick des Kriegsausbruchs Eure Grenzen überschreiten würden. Jaurès würde Euch zur Nationalverteidigung eher mit der Ruhe des Mannes, der das Unvermeidliche hinnimmt, denn mit den Leidenschaften jemandes, der über Ungerechtigkeit schreit, aufgefodert haben.“

Macdonald spricht hierauf von der Invasion an und meint, Jaurès würde nie aus ihren Erscheinungen den Haß gegen ein ganzes Volk und persönliche Erbitterung gezogen haben. Er hätte sich an die Seite Romain Hollands gestellt, des französischen Bürgers, der heute mitvoll die Fadel der französischen Kultur hochhält. „Mit dem Zauber seines Genies hätte er Euch von dem verblendenden und giftigen Dunst der Kriegselendenschaft zurückgehalten, so daß Ihr die außerhalb liegende Welt gesehen und andere Stimmen als die der Kanonen und des Schießpulvers gehört hättet.“ Macdonald fordert nicht, daß die Fran-

zosen auf ihre Beschwerden gegen die deutschen Genossen verzichten — er will nur, daß sie diese verstehen. Die Zeit wird kommen, wo sie in die Wagchale werfen werden, daß für die deutschen Genossen ein Deutschland da war wie ein Frankreich für die französischen. Macdonald glaubt, daß die Internationale über die Franzosen ein besseres Urteil fällen werde als über die Deutschen, aber dies sei um so mehr ein Grund, seine leidenschaftlichen Handlungen zu begehen und Gefühlen Raum zu gewähren, die die europäischen Demokratien in Knechtschaft werfen würden.

Der Ministerialismus.

Macdonald erinnert an Sembats bekanntes geistvolles Buch: „Nehmt einen König — oder macht Frieden!“ Nicht ohne Ironie meint er: „Wäre es in deutscher Sprache erschienen, hätte es bei uns während der letzten 20 Monate eine Auflage von einer Million erreicht.“ Sembat lege darin die europäische Politik dar und warne Frankreich. „Der Minister Sembat ist nicht der Sembat, der dieses Buch geschrieben hat. Euer erster Tritum war, Sembat zu verdamnen. Ihr gingt von der Annahme aus, daß Ihr, um bei der Nationalverteidigung zu helfen, ins Ministerium einzutreten müßtet. Ich weiß, daß viele von Euch jetzt wünschen, daß Ihr die Frage mit Freiheit von neuem erwägen könntet. Ihr trachtet mit der Vorstellung ein, daß Ihr eine begrenzte Verantwortlichkeit übernehmen könntet — so wie wir es später taten. Ihr — wie wir — glaubtet, fortzugehen, wenn gewisse Dinge geschähen und Ihr — gleich uns — fandet, daß Ihr Euch geirrt hättet. Wir übersehen die Tatsache, daß Kabinette ihr Schicksal dem Geheiß ihres eigenen Daseins gemäß erfüllen müssen, und daß, wenn es leicht ist, daraus wegzubleiben, es ganz und gar unmöglich ist, fortzugehen. Kriegskabinette müssen, wie die Dinge einmal liegen, tyrannisch sein. Sie unterdrücken die Freiheit in all ihren Äußerungen, und wenn wir uns widersetzen, bringen wir nur Bürgerkrieg in unsere eigene Anhängerschaft und verurteilen unsere eigenen Kollegen. Die Iren, die einen weit sichereren politischen Instinkt und einen ebenso seltenen Entschluß, ihrem Land zu dienen, haben, wählen eine andere Politik. Ihre Führer, wie jeder Mann von parlamentarischer Intelligenz, lehnten die Koalitionsmethode ab.“

Auf der Londoner Konferenz im Februar 1915 wartet Ihr mit uns darin einig, daß dieser Krieg, was seinen Urfprung betrifft, keine besonderen Merkmale zeige. Er ist aus den gewöhnlichen Quellen entstanden. Ich verstehe nicht, was Ihr gemeint habt, als Ihr diese Resolution annahmt, außer daß Ihr glaubtet, daß der Kampf anders als alle früheren Kriege geführt werden müsse, wenn seine Vermeidung von den Iren verschieden sein solle. Aber Ihr fahrt fort, zwei Arten Politik zu verfolgen, die für diesen Glauben verhängnisvoll sind. Ihr fahrt fort, Euer Bewegung mit einer Ministerialpolitik zu vermischen, die Euch alle Verantwortlichkeiten einer Kriegspolitik aufzuerlegt. Wenn nicht eine völlige nationale Geschäftigkeit das Geschenk sein, das dieser Krieg Europa bringt — eine Geschäftigkeit, die nicht nur militärische, sondern eine wirtschaftliche und politische Folge hätte — muß in jeder kriegsführenden Nation eine Partei sein, die, wenn sie gleich an einem Verteidigungskrieg mitwirkt, in bezug auf die anderen Konsequenzen des Kriegs freie Hand behält.“

Die internationale Aktion.

Ihr widerseht Euch auch nicht nur einer Versammlung der Internationale, sondern jeder internationalen Aktion. Ihr seht aus meinen Darlegungen, daß ich verstehe, was Euch dazu bewogen hat. Aber ich weiß, daß Ihr in dieser Materie gespalten bleibt. Eure Minderheit wächst im Land, in den Parteiratssitzungen, im Parlament. Ein Korrespondent teilt mir mit, daß sie um so mehr in ihrem Selbstbewußtsein erstarkt und um so weniger nachgiebig wird, je mehr sie ihre Kraft fühlt und den Umschwung zu ihren Gunsten sieht. Ich lese regelmäßig zwei Eurer Tagesblätter, die „Humanité“ und den „Populaire du Centre“ und sie unterrichten mich über die Anschauungen Eurer beiden Flügel. Ich lese auch, was Euer C. A. P. und Euer Hervé und Euer anderen Parteigenossen mit aus dem Gleichgewicht gekommenen Urteil und Weiterhahnmeinungen sagen. All dies beweist mir, daß mein Korrespondent recht hat. Ihr beginnt Euch unglücklich zu fühlen.“

Macdonald verweist die Liebe der französischen Genossen für Frankreich. „Ihr wollt nicht Euer Land in Zukunft in eine militärische Politik geraten lassen und in Bündnisse und Pläne verwickeln, die von ihm eine schlaflose, bewaffnete Wachsamkeit fordern würden. Ihr wißt, was Ihr seit 1871 fühltet — daß Euer webes Herz Euch eine Zeitlang zu einer Gefahr für den europäischen Frieden machte und Euch beinahe in Konflikt mit Euch selbst brachte. Dämonischer Chauvinismus, nationalistische Prahlerei und mundaufreißende Strafmeierei Eurer Jingo's müssen für Euch wie für uns nicht nur ein Verweis der Unfähigkeit jener sein, die so denken und sprechen, sondern ein Verrot an Euren Soldaten im Feld und eine Beschimpfung für die freie Kultur Frankreichs und Englands.“

Euer aufrichtiger

Ramsey MacDonald.

Aus der französischen Partei.

Die französische sozialdemokratische Partei hat durch ihren Sekretär Dubreuilh die Abgeordneten Pierre Brizon, Alexandre Blanc und Ruffin-Dugens, die an der zweiten Zimmerwalder Konferenz teilgenommen haben, zur Verantwortung vor den Parteivorstand geladen.

Wie aus der „Humanité“ vom 10. Mai hervorgeht, ist von dem französischen Verwaltungsausschuß (C. A. P.) folgende Erklärung veröffentlicht worden:

„Der C. A. P. in seiner Sitzung vom 9. Mai erklärt, daß die Sozialistische Partei keinem ihrer Mitglieder das Mandat gab, sie auf der Aienthalet internationalen Konferenz zu vertreten, die von den Organisatoren der Zimmerwalder Konferenz einberufen wurde.“

Im Zusammenhang mit den Angriffen auf Brizon in der französischen Kammer ist sein Absagebrief von Interesse, den er auf die Vorladung an den Parteifreier Dubreuilh richtete. In dem Brief, der von „Populaire du Centre“ am 16. Mai veröffentlicht wird, schreibt er:

„Wenn Ihr mir wegen Mangel an Disziplin den Prozeß machen wollt, so wird es mir nicht schwer werden, nachzuweisen, daß die Disziplinlosigkeit nicht bei mir, sondern bei Euch ist. Wenn ich nach Aienthal gegangen bin, so ist das Eure Schuld: weil Ihr Euch dem Zusammenritt des Internationalen Bureau's widerseht habt. Und was tat ich dort? Nichts als die von Euch allen im Jahre 1908 unterschriebenen Beschlüsse der Stuttgarter Konferenz anzuwenden, die besagten: Im Falle trotzdem ein Krieg ausbrechen sollte, ist es Pflicht der Arbeiterklasse, dessen schleunigste Beendigung herbeizuführen. Ich bin in der Internationale geblieben; Ihr seid dem Rationalismus verfallen, wer ist der Schuldige?“

Ja, es ist richtig. Ich hatte kein offizielles Mandat, ich vertrat nur ungefähr 10 000 Familien und ungefähr 45 000 französische Sozialisten. Wir, mit all denen, die insgesam für uns sind, waren aber nichts andere als die wirkliche Majorität des französischen Proletariats in der sozialistischen Partei. Empfangen Sie die Versicherung meiner Gefühle für einen sofortigen und annerkennenden Frieden.“

Humanität in Sibirien.

Der „Russische Reichsanzeiger“ vom 29. April berichtet: Die Komster Gouvernementsbehörde hat beschlossen, eine Gesellschaft „zur Förderung und Entwicklung des Humanitätsbegriffes in den Dörfern und Ansiedelungen“ zu gründen, welche das Ziel verfolgt, die Bevölkerung über die Pflichten der Humanität, Gerechtigkeit, Redlichkeit und Wahrheit aufzuklären und sie zur Nächstenliebe anzubahnen; dies soll durch öffentliche Vorträge, Lichtbilder, Theatervorstellungen und wissenschaftliche Kinovorführungen erreicht werden. Der Gründer der Gesellschaft ist der bekannte Komster Philantrop P. J. Maluschin.

Wilson und die irische Frage.

New York, 20. Mai. (Hantspruch vom Vertreter des B. Z. B.) Depeschen aus Washington melden, es verlaute, Präsident Wilson habe die Einbringung der Resolution des Senators Kern bezüglich der Sicherheit der amerikanischen Bürger in Irland in unterbindlicher Weise gebilligt. — Senator O'Garner erhielt vom Weissen Haus die Zusicherung, daß der in Dublin zum Tode verurteilte Amerikaner Lynch nicht hingerichtet werden würde, bis der amerikanische Votschafter in London die Gelegenheit gehabt habe, alle Tatsachen des Falles zu prüfen.

Protestversammlungen gegen die Hinrichtung der irischen Führer finden andauernd statt. In einer Massenversammlung des Rates irischer Frauen in New York sagte Frau McKelzie in einer Anklage gegen die britischen Methoden, die Erschießung der irischen Führer werde Irlands Kampf um seine Freiheit nicht hemmen.

Annahme der amerikanischen Armeevorlage.

Washington, 20. Mai. (B. Z. B.) Meldung des Reiterischen Bureau's. Das Repräsentantenhaus hat die Schiffahrtsbill zur Begründung einer staatlichen Handelsflotte für den Verkehr mit dem Auslande angenommen. Die Bill hat den Senat noch nicht passiert. Das Repräsentantenhaus nahm auch den Bericht der Konferenz beider Häuser über die Armeevorlage an, durch die die reguläre Armee auf 210 000 Mann gebracht wird, die Streitkräfte der Einzelstaaten, die zu Bundeskriegsdiensten verpflichtet sind, vom Präsidenten aufgerufen werden können, und die gesamte Höchststärke der Armee auf 680 000 Mann gebracht wird. Diese zweite Bill hat den Senat bereits passiert.

Das Attentat auf den österreichischen Gesandten in Persien.

Wien, 20. Mai. (B. Z. B.) Die „Südlawische Korrespondenz“ meldet aus Konstantinopel: In dem auf dem österreichisch-ungarischen Gesandten Grafen Logothetti am 10. Mai verübten Revolverattentat ist folgendes mitzuteilen: Der Täter ist ein Kaukasier namens Diemil Bei, der vor drei Jahren wegen Verwicklung in die Angelegenheit der Ermordung Mahmud Scherwet Paschas aus der Türkei ausgewiesen wurde und seit einiger Zeit in russischen Diensten steht. Als Diemil das Attentat verübte, trug er eine russische Kasakenuniform. Ein persischer Soldat, der ihn auf der Straße verhaftete, wurde deshalb von einem russischen Inspektionsoffizier streng bestraft. Die persische Regierung hat eine scharfe Untersuchung wegen des Attentats auf den Gesandten eingeleitet. Graf Logothetti befindet sich bereits seit einiger Zeit in der spanischen Gesandtschaft in Teheran.

Aufruf der chinesischen Republikaner.

Die Republikaner Chinas haben einen Aufruf erlassen, den die „Sentinelle“ zum Abdruck bringt. Er lautet: Die chinesischen Republikaner verlangen als Kriegsführende angesehen zu werden! Sie verteidigen die chinesische Republik, sie sind im Recht!

Seit dem Monat Dezember 1915, dem Augenblick, wo sich in einer so mächtigen Weise die chinesische Opposition gegen die monarchische Restauration Juans und die bewaffnete Verteidigung gegen die Wiederherstellung der Tyrannei und des Despotismus kundgab, der allgemein als die Stunde Juans bekannt ist, dessen Gegenwart an der Spitze des chinesischen Staates einstimmig als eine dauernde Gefahr für den Frieden und das Gleichgewicht im fernem Orient angesehen wird! Unsere Truppen haben nichts anderes getan, als für die Aufrechterhaltung unserer Rechte gekämpft!

In diesem Moment kämpfen mehr als 200 Millionen Individuen, mehr als 200 Millionen chinesischer Republikaner für die Aufrechterhaltung der republikanischen Konstitution, die sich das chinesische Volk selbst auferlegt hat, und die Juans um seines Ruhms willen an zu zerstören sucht, indem er seine Schwärze, und alle seine Verträge, nationale so gut wie internationale, verleiht.

200 Millionen Chinesen kämpfen für die Freiheit, das Recht, die Gerechtigkeit und den Respekt vor der Gesezmäßigkeit.

Millionen von Chinesen wollen ihre internationale Würde schützen und aufrechterhalten.

Hunderte von Millionen chinesischer Republikaner zwingen Juans zurückzukehren.

Hunderte von Millionen Republikaner, die seit Jahren ihren unumkehrbaren Prinzipien treu geblieben sind, die vom Augenblick der gegenwärtigen Erhebung an sofort den Fremden die Linie ihres Vorgehens entwickelt haben, von der sie nicht abgewichen sind, sind die einzigen Verteidiger unseres Vaterlandes.

Wir chinesischen Republikaner verlangen im Namen des ganzen China, daß die fremden Mächte uns als „Kriegsführende“ anerkennen, als Verteidiger der Gesezmäßigkeit und nicht als „Rebellen“ oder als „Separatisten“, als welche man uns gelten lassen wollte. Wir sind der einstimmigen Willen des chinesischen Volkes. Wir repräsentieren eine bedeutende Macht, die organisiert und anerkannt, ihre Rechte verteidigt, die von Juans in Gefahr gebracht wurden. Wir sind Patrioten, die für den Schutz unserer Geseze und unserer Freiheiten gegen den Feind, gegen die reaktionäre Anhängerschaft Juans kämpfen. Die stuchwürdige Macht, die Juans verjüchte wiederherzustellen, existiert nicht! Sie ist niemals anerkannt worden, weder von China noch von den fremden Mächten!

Sind wir nicht eine offiziell anerkannte Regierung? Sind wir nicht die „Chinesische Republik“?

Wir verteidigen die Geseze und die republikanische Konstitution, die gesezmäßig abgestimmt und bekanntgegeben wurden.

Wir verteidigen, wiederholen wir es, die von allen fremden Mächten offiziell anerkannte chinesische Republik. Wir bekämpfen den Feind, wir bekämpfen die Republik gegen den verurteilten, feilschlagenden Staatsstreik Juans.

Möge die öffentliche Meinung wie die parlamentarische Meinung im Ausland, die uns günstig sind, uns helfen.

Das ist ein Aufruf, den wir an sie ergehen lassen, damit sie uns bei ihren Kanzlern und bei ihren Regierungen unterstützen, bis wir als „Kriegsführende“ anerkannt sind. Allein durch uns setzen sich die politischen und diplomatischen Beziehungen fort, denn wir allein repräsentieren gesezmäßig die Chinesische Republik.

Juans hat sich außerhalb der Geseze gestellt.

Er hat uns verpflichtet, zu kämpfen!

Er hat uns gezwungen, die Chinesische Republik mit den Waffen zu verteidigen!

Wir sind im Recht! Die Chinesischen Republikaner.“

Bewerkschaftliches.

Die nächste Tarifberatung der Holzarbeiter.

Die Tarifverträge der Holzindustrie, die während des Krieges abgelaufen waren, sind bis 1917 verlängert worden. Die übrigen Verträge laufen gleichfalls im Frühjahr 1917 ab. Voraussichtlich wird also die nächste Tarifberatung sich auf diese beiden Gruppen von Verträgen, die bisher verschiedene Ablaufstermine hatten, erstrecken. Im Holzarbeiterverbande erörtert man gegenwärtig die Aufgaben, welche sich der Verband für die nächste Tarifberatung stellt. Eine Besprechung dieser Art fand am Sonntag in einer Versammlung der Berliner Maschinenarbeiter statt. Der Referent, Bauvorsteher Stucke, führte unter anderem aus: Das Hauptgewicht ist darauf zu legen, daß die beiden Vertragsgruppen mit verschiedenen Ablaufsterminen bestehen bleiben. Im übrigen sind Reformen auf allen Gebieten des Vertrages dringend notwendig. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen müssen für die ganze Holzindustrie nach den gleichen Gesichtspunkten geregelt werden. Es muß gefordert werden, daß der Arbeiter beim Wechsel der Arbeitsstelle keinen geringeren Lohn erhält als er in der vorigen Arbeitsstelle bei der gleichen Arbeit erhalten hat. Die Arbeitszeit muß in der Weise geregelt werden, daß in den Orten, die noch eine lange Arbeitszeit haben, eine angemessene Verkürzung eintritt, während Berlin auf eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit verzichten könnte. Nicht deshalb, weil die Berliner Arbeitszeit als kurz genug angesehen wird, sondern weil die erheblichen Unterschiede in der Arbeitszeit der verschiedenen Orte zu Unzutraglichkeiten geführt haben. Der Umstand, daß in der Provinz längere Arbeitszeiten und ungünstigere Arbeitsbedingungen bestehen als in Berlin, hat zur Folge gehabt, daß ein sehr großer Teil der Bauhilfsarbeiten, die in Berlin Verwendung finden, in Provinzorten angefertigt werden, wo die 58-59-stündige Arbeitszeit hat. Aus demselben Grunde ist die Luxusmöbelindustrie ganz aus Berlin verschwunden. Diese Entwicklung liegt nicht im Interesse der Arbeiter und des Gewerbes. Um ihr entgegenzuwirken, ist ein Ausgleich in den Arbeitsbedingungen zwischen Berlin und den Provinzorten notwendig. Orte, die ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bilden, müssen gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen haben. Für gewisse Spezialbranchen empfiehlt sich die Schaffung von Reichstarifen.

Die Frauenarbeit hat in letzter Zeit in der Holzindustrie einen bedeutenden Umfang angenommen. Es gibt Möbelwerkstätten, wo Frauen in großer Zahl an Maschinen, selbst mit recht gefährlichen Arbeiten beschäftigt werden. Die Löhne der Frauen sind aber bedeutend niedriger als die der Männer. Es ist deshalb notwendig, in den neuen Tarifen zu bestimmen, daß die Frauen bei gleicher Arbeit auch den gleichen Lohn erhalten wie die Männer. Das gilt auch für Hilfsarbeiter, die auf gewisse Spezialarbeiten angelernt werden und dabei dasselbe leisten wie gelernte Arbeiter. Also muß auch die Hilfsarbeiterfrage im Verträge geregelt werden. Außer den Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit sind auch einige allgemeine Angelegenheiten zu regeln. Es müssen Bestimmungen geschaffen werden, die es ermöglichen, daß die Entscheidungen der Schlichtungskommissionen auch durchgeführt werden. Es darf nicht mehr vorkommen, daß Unternehmer die Urteile der Schlichtungskommissionen unbeachtet lassen können. — Der Arbeitsnachweis muß derart geregelt werden, daß die Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht haben und daß die Kriegsbeschädigten nicht als Lohnrücker verwendet werden können. Auch für die Kriegsbeschädigten muß der Grundsatz gelten: Gleicher Lohn, wenn sie das gleiche leisten wie andere Arbeiter.

Was die Maschinenarbeiter betrifft, so muß mit Rücksicht auf die gefährliche Arbeit, die sie zu leisten haben, grundsätzlich gefordert werden, daß nur in Heilsohn, aber nicht im Afford gearbeitet wird. In Berlin ist dieser Grundsatz im Allgemeinen anerkannt, aber in der Provinz bildet die Affordarbeit bei den Maschinenarbeitern noch die Regel. Es gilt also, die Affordarbeit abzuschaffen und Mindestlöhne festzusetzen.

Nach dem Referat sprach die Versammlung die für die Tarifberatung in Frage kommenden Forderungen der Maschinenarbeiter. Es wurde beschlossen, die Festsetzung von Mindestlöhnen zu fordern, die aber für besonders qualifizierte Arbeiter höher sein sollten als für minder qualifizierte. Auch soll beim Eintritt einer neuen Arbeitsstelle kein geringerer Lohn gezahlt werden als ihm der Arbeiter in der vorhergehenden Stellung erhielt.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsaussschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Bei der Firma S. und G. wünschen 26 Mechaniker eine Aufbesserung ihrer Verdienste entsprechend der gegenwärtigen Teuerung. Die Mechaniker arbeiten an Dughesapparate. Der Verdienst ist sehr unterschiedlich und beträgt zwischen 82 Pf. und 1,68 M. pro Stunde, durchschnittlich 1,30 bis 1,31 M. Der große Unterschied rührt zumeist von den ungleichen Affordpreisen für die einzelnen Teile der Apparate her. Die Mechaniker wünschen eine Aufbesserung, wonach es möglich ist, daß die gesamten Mechaniker mindestens 1,50 M. pro Stunde verdienen. Die Firma ist bereit, einen Ausgleich zu schaffen, aber nicht in der Weise, wie die Mechaniker dies wünschen. Der Kriegsaussschuß ist der Meinung, daß eine Aufbesserung der Verdienste, besonders in den unteren Stufen, durchaus angebracht ist. Die Firma erklärt, daß sie die Preise aufbessern wolle. Sie brauche dazu aber einige Zeit, um die einzelnen Preise durchzusehen und Feststellungen zu machen. Es wird eine Verständigung dahin getroffen, daß die Parteien zunächst noch einmal im Betriebe verhandeln, nachdem die Firma ihre Preise durchgegangen ist. Die dann zugestandenen Aufschläge auf die Affordpreise sollen in der Weise zur Auszahlung gelangen, daß dieselben bereits vom Tage der Verhandlung vor dem Kriegsaussschuß an rechnen. Damit wird verhindert, daß die Mechaniker aus der Verzögerung einen Nachteil haben.

Die Firma B. hat den Schlosser S. eingestellt, und zwar für eine bestimmte Arbeit, und wie der Schlosser angab, mit dem Versprechen eines Verdienstes von 12-15 M. pro Tag. Der Schlosser hat aber nun die Arbeit, für die er eingestellt ist, gar nicht bekommen, sondern andere Arbeit, bei der er erheblich weniger verdient. Nach einigen Auseinandersetzungen wurde eine Verständigung dahin erzielt, daß dem Schlosser S. der Kriegsschein erteilt wird.

Bei derselben Firma ist der Schmied B. beschäftigt. Derselbe will aufhören, weil er wegen Krankheit eine Beschäftigung suchen muß, bei der er nicht in einem geschlossenen Raum, sondern unter freiem Himmel arbeiten kann. Da B. angibt, daß er diese Anweisung von einem Arzt hat, wird ihm aufgegeben, hierüber ein Attest beizubringen, und wird B. für den Fall, daß ein solches Attest beigebracht wird, den Kriegsschein erhalten.

Bei der Firma E. u. S. will der Schmied G. nicht weiterarbeiten, weil ihm seiner Angabe nach die Arbeit zu schwer ist. Bei der Auseinandersetzung ergibt sich, daß die Arbeit keine andere als die im Allgemeinen für Schmiede übliche ist. Da der Verdienst nicht moniert wird, auch sonst ein Anlaß zur Klage

nicht vorliegt, wird der Anspruch auf Erteilung eines Kriegsscheins abgelehnt.

Der Werkzeugmacher H. will bei der Firma St. u. Co. aufhören. Als Grund gibt er an, er wolle sich mal verändern. Mit Rücksicht darauf, daß das in der gegenwärtigen Zeit kein Grund zur Erteilung eines Kriegsscheins ist, H. auch irgendwelche Gründe nicht hat, wird die Erteilung eines Kriegsscheins abgelehnt.

Bei der Firma D. will der Hilfsarbeiter D. aufhören. D. ist 18 Jahre alt und hat insgesamt einen Stundenverdienst von 68 1/2 Pf. D. möchte gern an eine Maschine gestellt werden. Der Vertreter der Firma D. erklärt jedoch, daß zurzeit keine Maschine frei ist, und schließlich doch auch die Firma ihre Hilfsarbeiten erledigen müsse. Es wird D. in Aussicht gestellt, sobald die Umstände es gestatten, an eine Maschine zu kommen. Die Erteilung eines Kriegsscheins wird abgelehnt.

Bei derselben Firma wollte der Hilfsarbeiter M. aufhören, weil ihm seine Arbeit zu schwer ist. Er erhält als Hilfsarbeiter 70 Pf. pro Stunde. Es erfolgt eine Verständigung dahin, daß M. in eine andere Abteilung, wo leichtere Arbeit ist, versetzt wird, und ist damit die Angelegenheit erledigt.

Von der Firma St. erscheint der Maler A. Da die Firma nicht erscheint, wird dem Maler sofort der Schein erteilt.

Deutsches Reich.

Teuerungszulagen in Gärtnereibetrieben.

Der freigewerkschaftliche Gärtnerverein hatte Ende März in Gemeinschaft mit dem christlichen Gärtnerverband an die Hauptvorstände der Gärtnereiunternehmerverbände eine Eingabe gerichtet, in der er suchte wurde, die Unternehmer möchten ihren Einfluß geltend machen, daß den in den Gärtnereibetrieben Beschäftigten eine Teuerungszulage gewährt wird. Es war unter anderem gebeten worden, diese Eingabe nebst Begründung auch in den Zeitschriften der Unternehmerverbände abdrucken und dort womöglich einige empfehlende Worte hinzuzufügen. Dem letzterwähnten Ersuchen wurde sofort Folge gegeben. Die Zeitschrift des führenden Unternehmerverbandes, des Verbandes der Handelsgärtner, erklärte u. a. folgendes:

Die gedehnten Wünsche sind im allgemeinen als berechtigt anzuerkennen, und man wird dieselben vom wohlwollenden Standpunkt aus beurteilen müssen. Wir zweifeln nicht, daß dieses auch innerhalb des Vorstandes unseres Verbandes der Fall sein wird. . . . Zweifellos gibt es Zweige unseres Berufes, die auch in jetzigen Zeiten einen bestiebenden Geschäftsgang zu verzeichnen haben. Wo dies der Fall ist, sollte man den Wünschen der Arbeitnehmer entsprechen, und wir zweifeln nicht daran, daß dies vielfach auch heute schon geschieht. Wo dies nicht der Fall sein sollte, empfehlen wir die Wünsche der Arbeitnehmer unbedingt der Berücksichtigung.

In der Zeitschrift der süddeutschen Gärtnereiunternehmerverbände bewirkte der Vorsitzende der Vereinigung selbständiger Gärtnern Württembergs den Abdruck der Eingabe, und er fügte diesem hinzu:

Die Angaben gebe ich wunschgemäß den Mitgliedern bekannt. Die Berechtigung der Erhöhung der Arbeitslöhne bzw. Gewährung einer Teuerungszulage muß bei der ganz erheblich verteuerten Lebenshaltung ohne weiteres anerkannt werden. Der Ausschuss wird sich demnach mit der Eingabe eingehend beschäftigen. Inzwischen gebe ich den Mitgliedern anheim, soweit es nicht schon geschehen ist, den Verhältnissen entsprechende Erhöhung der Löhne sofort vorzunehmen.

Der hier erwähnte Ausschuss hat inzwischen getagt und bekennt sich zu denselben Ansichten. Er hat auch eine gemeinsame Beratung aller beteiligten Unternehmerverbände in dieser Angelegenheit angeregt.

Besondere Wirkungen dieser Befürwortungen der Eingabe konnten indes leider noch nicht festgestellt werden. Denn nach immer werden sowohl in den Arbeitsangeboten des Arbeitsmarktes der Fachpresse wie auch bei den Stellennachweisen Löhne angeboten, die nur um ein ganz geringes höher sind als in der Friedenszeit. Dabei herrscht aber zurzeit ein sehr fühlbarer Mangel an Arbeitskräften, und es verliert infolge der schlechten Entlohnung noch fortgesetzt gelernte und tüchtige Arbeiter den Beruf, um in anderen Berufen als Angelernte einen Mehrverdienst zu erreichen. Wenn man bedenkt, daß infolge der unterbundenen Einfuhr vom Ausland nicht bloß die Erzeugnisse der Ruggärtnerei, also hauptsächlich der Gemüsegärtnerei, sondern auch diejenigen der Biergärtnerei aller Berufsweige ganz erhebliche Preissteigerungen aufweisen und die Unternehmer durchgängig ihre Waren gut und glatt absetzen, so ist es schwer zu verstehen, daß an den Löhnen so geknauelt wird. Eine gewisse Erklärung findet man nur darin, daß die Unternehmer wenig kaufmännisch rechnen. Sie müßten anderenfalls doch wissen, daß es nur zu ihrem eigenen Nutzen ist, wenn sie sich bemühen, durch bessere Entlohnung die tüchtigeren Kräfte dem Beruf zu erhalten, würden sie damit doch ihre Warenerzeugung vergrößern können und ihre Betriebsgewinne steigern. Eine Minderheit, die das begriffen, hat daher auch unter Arbeitermangel nicht zu leiden.

Aus Industrie und Handel.

Dividendenerhöhung bei der Daimler-Motoren-Gesellschaft.

In der neuen Generalversammlung waren 8 985 000 M. vertreten. Zunächst gab Generaldirektor Kommerzienrat Berge auf die in der vorigen Versammlung von der Opposition aufgestellten Bilanzbemängelungen eine eingehende Erklärung ab, aus der folgende hervorzuheben ist: Der Bilanzposten „Grundstücke, Gebäude usw.“ wird nach Abhebung der Extraabreibungen nur noch Grundstücksvermögen enthalten und soll in Zukunft in getrennter Gruppierung erfolgen. Ferner soll der Posten „Reservefonds“ in Zukunft spezialisiert werden. In dem Posten „Effekten und Beteiligungen“ sind die ausländischen Beteiligungen bis auf den kleinen Betrag von 5000 M. völlig abgeschrieben. Der Posten „Kreditoren“ enthält als Reserve nur die Kriegsgewinnsteuer-Rücklagen. Dagegen enthält der Posten „Debitoren“ große stille Reserven. Aus dem „Fabrikationsgewinn“ sind neue Anschaffungen bestritten. Weiterhin gab der Vorsitzende zur Gewinnverteilung die Erklärung ab, daß weitere vier Prozent Dividende, also insgesamt 28 Prozent Dividende zur Ausschüttung gelangen sollen.

Im Hinblick auf die in der vorigen Generalversammlung geäußerte Besorgnis der Opposition gab seitens der Direktion Kommerzienrat Berge folgende bedeutende Erklärung ab:

„Unsere Werke sind ebenso wie im Vorjahre bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit beschäftigt. Die während des Krieges durchgeführten Erweiterungen ermöglichen es, im laufenden Jahre eine erneute Erhöhung der Produktion herauszubringen. Dementsprechend dürfte das Resultat des Geschäftsjahres zur Zufriedenheit der Aktionäre in bezug auf eine Anteilnahme an den Erfolgen der Gesellschaft ausfallen.“

Hierauf erwiderte für die Oppositionsgruppe Justizrat Albert Binner, daß die Opposition zwar nicht in allen ihren Programmpunkten befriedigt sei, daß sie aber in den Ausführungen zur Bilanz, in der Ankündigung der Aenderung der Bilanzmethode sowie in der Dividendenerhöhung das Bestreben der Verwaltung anerkenne, den berechtigten Wünschen der Aktionäre entgegenzukommen. Vor allem vertraue die Opposition auf die Zusage der Verwaltung, daß die Aktionäre in Zukunft in befriedigender Weise an den Erfolgen der Gesellschaft teilnehmen werden.

Hierauf genehmigte die Generalversammlung einstimmig Bilanz und Entlastung und wählte ebenso einstimmig die ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats wieder.

Im deutsch-ungarischen Verkehr ist die Eisenstellgebühre für Eisenlieferungen vorübergehend auf 50 Pf. festgesetzt worden.

Finanzschwierigkeiten in China.

Nach einer amtlichen Mitteilung aus Peking ist infolge der langen Dauer des europäischen Krieges und der Unruhen im Inland der Geldmarkt Chinas still und eingeschränkt. Anfang dieses Monats wurde eine Kabinetsorder veröffentlicht, welche die Einlösung der Noten der Reichs- und Verkehrsministeriums-Bank vorläufig einstellt, und welche die Zurückziehung von Depositen verbietet. Die beiden Banken haben eine Noteneinlösungsfreierde von mehr als 40 Millionen Dollar, aber wegen des Verlangens des Publikums, seine Noten in Bargeld umzuwechseln, sind die Reserven auf 35 Millionen Dollar zurückgegangen. Der gesamte Notenumlauf wird auf 80 Millionen Dollar geschätzt.

Die Kabinetsorder erstreckt dreierlei: 1. Eine große Zentralgeldreserve zu schaffen, 2. eine finanzielle Krise zu vermeiden, und 3. die Rückzahlung der fremden Anleihen zu sichern. Die Regierung ist im Begriff, mehr Kleingeld zu schaffen, Höchstpreise zu verordnen und dergleichen Mittel anzuwenden, die in Europa die Finanzlage so sehr erleichtert haben.

Soziales.

Gemeindesteuerpflicht der zum Heere Eingezogenen.

Der § 5 Ziffer 3 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung vom Jahre 1906 bestimmt in bezug auf die Staats-einkommensteuer, daß von der Besteuerung ausgeschlossen sei: „während der Zugehörigkeit zu einem in der Kriegserklärung befindlichen Teile des Heeres oder der Marine das Militäreinkommen aller Angehörigen des aktiven Heeres oder der aktiven Marine.“

Im Hinblick auf diese Bestimmung glaubte der Oberlandesgerichtsrat Utermann aus Hamm, der zurzeit Hauptmann und Adjutant einer mobilen Etappen-Kommandantur ist, ohne weiteres auch Anspruch auf entsprechende Freiheit von der Gemeinde-einkommensteuer zu haben. Er suchte deshalb durch Klage gegen den Magistrat von Hamm die Heranziehung zur Gemeinde-einkommensteuer an.

Der Bezirksausschuß wies ihn ab, ebenso sehr das Oberverwaltungsgericht. Vor dem Oberverwaltungsgericht suchte wegen der Bedeutung der Sache ein Kommissar des Ministers den Standpunkt zur Geltung zu bringen, der schon die Minister in der Antwort auf eine Eingabe des preussischen Städtetages vertreten haben. Danach müßten bei dem engen Anschluß der Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes an das Staatseinkommensteuergesetz dessen Vorschriften für das Gebiet der Gemeindebesteuerung überall da gelten, wo diese Geltung nicht durch besondere Vorschriften ausgeschlossen sei. Letzteres sei in der hier strittigen Frage nicht der Fall, so daß die Vorschrift des § 5 Ziffer 3 des Staatseinkommensteuergesetzes ohne weiteres auch für die Gemeinde-einkommensteuer zur Anwendung kommen müßte.

Das Oberverwaltungsgericht trat jedoch diesen ministeriellen Erwägungen nicht bei, sondern bestätigte die Vorentscheidung. Das Gericht steht auf dem Standpunkt, daß nicht alle Grundzüge für die Staatssteuer auf die Gemeinde-einkommensteuer Anwendung finden. Allerdings hätten Theorie und Praxis es für zweckmäßig gehalten, die Gemeindesteuer an die Staatssteuer anzuschließen. Nur in dieser Richtung hätten die Motive des Kommunalabgabengesetzes von diesem Grundsatze gesprochen. Es komme aber darauf an, was das Kommunalabgabengesetz wirklich bestimme. Es habe keine Bestimmung, wonach die Veranlagung des § 5 Ziffer 3 des Staatseinkommensteuergesetzes auch auf die Gemeinde-einkommensteuer Anwendung finden könne. Die Vorschrift des § 5 Ziffer 3 des Staatseinkommensteuergesetzes sei ein Privileg. Dieses anzuwenden auf die Gemeindesteuer, widerspreche schon die besondere Regelung der Gemeindesteuerpflicht der Militärpersonen durch die Verordnung von 1887 und durch das Gesetz vom 29. Juni 1886.

Somit hätte der Anspruch des Klägers auf Freistellung von der Gemeinde-einkommensteuer abgewiesen werden müssen.

Haben zum Dienst kommandierte Offiziere Gemeindesteuern zu zahlen?

Der Hauptmann der Landwehr, Regierungsrat v. Loeser, gehört zu den Reserve-Offizieren, die nach der oben veröffentlichten Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts nicht von der Gemeindesteuerpflicht befreit sind. In seinem Reichsreit, von dessen Ausgange allein in der einen Gemeinde Spandau einige hundert Fälle abhängen, handelte es sich nicht um die übliche Heranziehung durch die bisherige Wohnsitzgemeinde, sondern um die Heranziehung durch die Gemeinde, wohin er zum Dienst kommandiert worden ist.

Herr v. Loeser hatte bis zum Kriegsbeginn seinen Wohnsitz in Gumbinnen, wo er Beamter war. Nach Kriegsausbruch wurde er zur Dienstleistung zum Ersatzbataillon des 5. Garderegiments zu Fuß nach Spandau kommandiert. Er war, obwohl er das dienstpflichtige Alter hinter sich hatte, freiwillig in der Landwehr verblieben. Der Magistrat von Spandau zog ihn nach einem Aufenthalt von länger als drei Monaten für die Zeit vom 1. September 1914 bis zum 31. März 1915 mit 807 M. zur Gemeinde-einkommensteuer heran. Dabei fügte sich der Magistrat darauf, daß neuanziehende zur Gemeindesteuer heranzuziehen sind, sofern ihr Aufenthalt länger als drei Monate dauert.

v. Loeser klagte auf Freistellung und machte geltend, er könne nicht als Neuanziehender angesehen werden, weil er nicht freiwillig seinen Aufenthalt in Spandau genommen habe, sondern militärisch kommandiert worden sei.

Das Oberverwaltungsgericht wies, gleich dem Bezirksausschuß, die Freistellungs-klage ab. Begründend wurde ausgeführt: Es sei dem Magistrat darin beizutreten, daß für einen Offizier, der durch einen dienstlichen Befehl veranlaßt werde, sich an einem Orte aufzuhalten, ein physischer Zwang hierzu — wie etwa bei einem Gefangenen — nicht vorliege. Er werde nicht, wie ein Gefangener, durch Gewalt festgehalten, sondern er könne sich entfernen. Allerdings setzte er sich dann der Verletzung oder anderen Unannehmlichkeiten aus; in der Beziehung stehe er da wie die Beamten. Jedenfalls habe sowohl der Offizier wie der Beamte die Möglichkeit der freien Entschließung, im Gegensatz zum Gefangenen, der sich durch äußeren Zwang festgehalten sehe. Somit habe für den Kläger, der seinen früheren Wohnsitz in Gumbinnen überhaupt aufgegeben hatte, die Gemeindesteuerpflicht in Spandau im vollen Umfange bestanden und seine Klage sei gänzlich abzuweisen. — Zu betonen sei natürlich, daß in den Fällen, wo die nach einem Orte kommandierten Offiziere noch in einem anderen Orte einen Wohnsitz beibehalten hätten, der § 50 des Kommunalabgabengesetzes maßgebend sei, der für Personen mit mehrfachem Wohnsitz die Frage des Steueranteils der verschiedenen Gemeinden regelt. (Anlage II. C. H. 228. 16.)

Eingegangene Druckchriften.

- Kriegsziele und Friedensziele. Von D. Probenus, Oberstl. a. D. 1 M. R. Curtius, Berlin W. 35.
- Der Narr in Christo Emanuel Quint. Roman von G. Hauptmann. 3 M., geb. 3,75 M. S. Fischer, Berlin, Willowstr. 90.
- Uebermäßiger Gewinn im Sinne von § 5 Nr. 1 der Bundesratsverordnung vom 23. Juli 1915 und 23. März 1916. Von Dr. A. Lobe. 1 M. Dieterichsche Verlagsbuchhandlung Th. Weicher, Leipzig.
- Jahrbuch der Kölner Gewerkschaften. Kriegsjahr 1915. 99 S. Verlag des Kartells der freien Gewerkschaften, Köln a. Rh.
- Karte der türkischen Kriegsschauplätze. Rebenkarte: Die Kämpfe um Verdun. 1 M. Verlag D. G. Korn in Dresden.
- Pharmaceutisch-medizinisches Taschenwörterbuch. Von R. Reimold. Geb. 1,50 M. S. Seemann, Berlin NW 6.
- Blaue Adria. Roman von Clara Kayla. 4 M. E. Pfeiffer u. Co., Berlin, Unterl. 16.
- Woher kam der Krieg? Wohin führt er? Von P. Kohrbach. 30 Pf. G. Reipendener, Weimar.
- Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterrichtsblätter.

Reichstag.

52. Sitzung. Montag, den 22. Mai 1916, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratssitz: Kommissare.

Auf dem Platz des Abg. Spahn (S.), der heute seinen 70. Geburtstag feiert, befindet sich ein Strauß roter Rosen. Präsident Dr. Raempf spricht dem Abg. Spahn den Glückwunsch des Hauses aus.

Die Beratung des

Statts für das Reichsamt des Innern

wird fortgesetzt beim Kapitel Besoldungen. Dieses und einige weitere werden debattelos angenommen.

Beim Kapitel Gesundheitsamt ergreift das Wort

Abg. Kunert (Soz. Arb.):

Die Unterernährung, der einzelne Teile des Speeres sowie weite Teile des Volkes ausgesetzt sind, führt zu schweren Erkrankungen. Wünschenswert wäre eine Statistik darüber. Keine Parteifreunde beantragen, einen Gesetzentwurf zu verlangen, durch den Mutter- und Säuglingschutz sowie die Geburtshilfe allgemein reichsweit geregelt werden. Herr Hitze hat Sonnabend den Antrag zuerst begrüßt, dann aber im Widerspruch mit sich selbst als Nebenartener bezeichnet, wogegen ich entschieden Verwahrung einlege. (Zustimmung b. d. Soz. Arb.) Der Antrag Wassermann will die in der Kriegszeit eingerichtete Kriegswochenhilfe zu Regelleistungen der Krankenversicherung machen. Gegen diesen Antrag, der in unserem Antrag übrigens mit enthalten ist, hätte sicher kein Abgeordneter gestimmt. Aber nun kommt heute ein neuer Antrag Hitze, der eine solche Abstimmung verhindern und unseren sowie den Antrag Wassermann einer Kommission überweisen will, die ihn zugleich mit einer Reihe anderer heterogener Dinge erörtern soll. So sollen die Anträge erdrosselt und abgewürgt werden. Das Kollegium in der Kommission soll auch Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Ausbau der Reichsversicherungsordnung, Beamtenbesoldung, Steuererleichterung usw. in den Kreis der Erörterung ziehen, alles um dem bedrohlichen Geburtenrückgang entgegenzuwirken. Ebenso gut könnte man sich dort auch über Biogenetik, Zuchtwahl, Aufhebung des Zölibats für Männer und Frauen, über Bigamie und Polygamie und anderes unterhalten. Unser Antrag stellt nicht in die erste Reihe die Verhinderung des Geburtenrückganges, sondern die Erhaltung des vorhandenen Lebens. Lebenserhaltung und lebensfähig machen wollen wir wirken; das ist um so wichtiger, als jetzt im Kriege Millionen der besten und kräftigsten Leute hingeopfert werden. Wir verlangen reichsweite Regelung, um den Mutter- und Säuglingschutz auf eine breite Basis zu stellen. Der Mutterchutz ist der beste Säuglingschutz, er macht nicht Halt vor der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Als positive Forderung verlangen wir für die Frauen den Achtstundentag, die kindungelose Einstellung der Arbeit acht Wochen vor der Entbindung, keine Wiederaufnahme der Arbeit vor Ablauf von acht Wochen nach der Entbindung. Natürlich müßte den Frauen in dieser Zeit eine Entschädigung gezahlt werden. Krieg und Geburt sind einander entgegengesetzt wie Tod und Leben. Um so wichtiger ist gerade jetzt eine ausreichende Fürsorge für die Gebärenden. Am rückständigsten auf diesem Gebiete ist in Deutschland natürlich Preußen, das in seinem Etat ganze 50 000 M. hierfür eingestellt hat, für die Hebung des Gesundheitswesens aber Millionen und Abermillionen auswendet. Es sind in Deutschland viel zu wenig Hebammen vorhanden. Ueber 100 000 Frauen gebären jährlich in Deutschland ohne jede Hilfe. Vor kurzem starben jährlich noch 400 000 Säuglinge, die Zahl ist auf 300 000 zurückgegangen und wird vielleicht weiter zurückgehen. Das wesentlichste ist aber, daß 50—70 Proz. dieser Todesfälle vermeidbar sind. In Pfortenstarben starben von 100 Säuglingen nur 3, in Deutschland im Durchschnitt 15, in den ungünstigsten Gegenden 10—20. Bei den unehelichen Kindern ist es noch schlimmer. Die Summe der sozialen Verhältnisse ist eben ausschlaggebend für die Säuglingssterblichkeit. Daher ist für unser Wirtschaftssystem.

(Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Sie ist ein Massenmord auf dem Altar des Kapitalismus. Man spricht immer von dem milliardengroßen Rationalreichtum. Der wahre und wirkliche Rationalreichtum besteht in der Tüchtigkeit und Gesundheit der Menschen. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Natürlich würde die Reichswochenhilfe Millionen kosten, aber die volkswirtschaftlichen Vorteile würden noch Millionen zu berechnen sein. Die neue Methode, die Schamerjen bei der Entbindung zu lindern, ohne die Mutter und das Kind zu schädigen, sollte eingehend auf ihre Bedeutung geprüft werden. Im Anschluß an den bedeutsamen Antrag Wassermann bitte ich das Reichsgesundheitsamt um Vorlegung einer Statistik darüber, wieviel Kriegerverwundete ihre Kinder selbst gestillt haben. Unerhört ist der Fall, daß ein bekannter Sanitätsrat in Berlin eine Frau, obwohl er wußte, daß sie schwer krank war, gezwungen hat, ihr Kind selbst zu stillen, sodas das Kind mit der Muttermilch vergiftet wurde. — Unsere Forderungen auf dem Gebiete des Säuglings- und Mutter-schutzes sind Minimalforderungen. Für Beseitigung dieser sozialen Schäden, die sich in unserem Volkswörter eingestrichen haben, müssen die Mittel vorhanden sein in einer Zeit, wo so viele Milliarden für Militarismus, Marinismus und ähnliche Dinge verbraucht werden, bei denen das Volk auf die Dauer zugrunde geht. Wollig auszurotten wird diese Schäden erst ein sozialistisches Gemeinwesen in der Lage sein. (Bravo! in der Soz. Arb.)

Präsident des Reichsgesundheitsamts Dr. Rumm:

Nach wie in einem Kriege die Zivilbevölkerung so wenig von Seuchen heimgesucht worden, wie in diesem. — Die Kindersterblichkeit ist im Laufe der letzten 10 Jahre erheblich herabgegangen, die Sterblichkeit der in der Entbindung sterbenden Frauen hat leider keine Verminderung erfahren. Das hängt jedenfalls mit der Zunahme der Abtreibung unter Mitwirkung unachverständiger Hände zusammen. Die Notwendigkeit einer reichsweiten Regelung des Hebammenwesens hat der Bundesrat nicht anerkannt, doch sind einheitliche Grundzüge über die Ausbildung der Hebammen zur Vorlegung an die Landesregierungen ausgearbeitet. Diese Vorlegung ist durch den Krieg vorläufig verhindert worden. Die Angriffe des Vorredners gegen Preußen sind unbedeutend, gerade der preussische Minister des Innern ist augenblicklich mit einer großzügigen systematischen Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit befaßt.

Abg. Kunert (Soz. Arb.):

Infolge der Unterernährung im Kriege besteht doch die Gefahr, daß die Zahl der Seuchen sich steigert. Wir wollen die Kindersterblichkeit so weit herabdrücken, wie sie in Fürstenthümern zu verzeichnen ist. (Sehr gut! bei der Soz. Arb.) Meine Vorwürfe gegenüber Preußen muß ich aufrecht erhalten. Mit Versprechungen können wir uns nicht zufrieden geben, wir wollen Taten sehen. Die Durchführung des Dämmerschlafs bei der Entbindung hat sich z. B. in München in den Entbindungsanstalten sehr gut bewährt. Es kommt nur darauf an, daß in einer geeigneten Anstalt ein sachverständiger Arzt dabei ist. Die Frauen der Arbeiterklasse haben natürlich am schwersten unter einem ungenügenden veralteten System der Wochenhilfe zu leiden. Deshalb ist reichsweite Hilfe notwendig. Ich bitte dem Zentrumsantrag nicht zuzustimmen, sondern unseren Antrag anzunehmen. Würden Sie ihn ablehnen, so würde das für den Reichstag einen Rückschritt gegenüber 1913/14 bedeuten.

Abg. Fischer-Hannover (Soz.):

Infolge des großen Umfangs der Frauenarbeit im Kriege ist zu befürchten, daß die Säuglingssterblichkeit in den letzten Jahren wieder größer geworden ist. Dagegen müssen Vorlesungen getroffen werden. Bedeutendes hat die Disziplinierung auf diesem Gebiete geleistet. Die Bundesratsverordnung über die Reichswochenhilfe hat sehr segensreich gewirkt. Sie muß nach dem Kriege aufrechterhalten und noch weiter ausgebaut werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Meinigen (Sp.):

erkennt die Notwendigkeit an, daß auf dem Gebiete des Mutter- und Säuglingschutzes und der Bekämpfung der Kindersterblichkeit etwas geschieht, will aber trotzdem alle vorliegenden Anträge der vom Zentrum beantragten Kommission überweisen.

Abg. Kunert (Soz. Arb.):

wendet sich nochmals gegen diese Verschleppungstatistik. Das Kapitel wird bewilligt, die Abstimmung über die Resolutionen und Anträge wird am Mittwoch stattfinden. Wenn außerordentlicher Etat werden zur Förderung des Kleinwohnungsbaues für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reiches 5 Millionen verlangt.

Abg. Kunert (Soz. Arb.):

Mit der Beratung dieses Titels wird verbunden der Bericht der Kommission über das Wohnungswesen. Die Kommission fordert Erhöhung des Titels auf 10 Millionen und Einbeziehung der Kriegsbeschädigten und Kriegswitwen in die Wohnungsfürsorge. Ferner will die Kommission 30 000 M. zur Unterstützung der Vereinigungen zur Förderung des Kleinwohnungsbaus in den Etat einlegen. Ferner verlangt die Kommission Reichsunterstützung für die Gemeinden und Kommunalverbände, die den Kriegsteilnehmern Mietbeiträge gewährt haben. Reichshilfe für die Abbildung der während des Krieges gestundeten Mieten und Hypothekenzinsen. Ferner wünscht die Kommission Abänderung des Zwangsversicherungsgesetzes in der Richtung, daß das Gericht vor dem Termin Erörterungen über die Versicherungsverhältnisse veranlassen kann, weiter ein Gesetz, das Bürgschaften des Reiches zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Kriegsteilnehmer und ihre Hinterbliebenen schafft, weiter Gesetze zur Schaffung der gesetzlichen Unterlagen für Kriegerheimstätten, zur Ausgestaltung des Erbaurechtes, zur Sicherung der Hausbesitzer und Mieter gegen die Folgen des Krieges, weiter Förderung der unfindbaren Tilgungshypotheken. Schließlich wünscht die Kommission Einwirkung des Reichskanzlers auf die Einzelstaaten zur Schaffung öffentlicher Schatzkammern und zur Schaffung von Pfandbriefanstalten für zweite Hypotheken als gemeinnützige Anstalten.

Abg. Jäger (S.):

(auf der Tribüne unverständlich) tritt für die Forderungen der Kommission ein.

Abg. Prinz Schönaich-Carolath (natl.):

befürwortet ebenfalls die Anträge der Kommission, besonders lebhaft die Schaffung von Heimstätten für Kriegsbeschädigte.

Abg. Göhre (Soz.):

Die Verbündeten Regierungen lehnen es immer noch ab, von Reich wegen Wohnungspolitik zu trennen, während die Wohnungskommission dies mit seltener Einmütigkeit verlangt. Auch den von der Kommission beschlossenen Resolutionen haben die Vertreter der Verbündeten Regierungen widersprochen. Die heutigen Verhandlungen sollen diesem „Rein“ gegenüber eine Klucht in die Öffentlichkeit werden, denn dieses „Rein“ der Regierung muß überwunden werden. Man hat uns gesagt, nur wenn die Bundesstaaten beifügen, würde das Reich selbst auf dem Gebiete des Wohnungswezens eingreifen. Dies Versprechen des Dr. Delbrück wurde dann in der Wohnungsgeheimkommission durch eine neue Regierungserklärung wieder zurückgenommen. Die Kommission ignorierte diese Erklärung und verlangte erneute reichsweite Regelung. Im Jahre darauf wiederholte Dr. Delbrück seine frühere Erklärung, die als deutlicher Dieb an Preußen aufgefahrt wurde. Es wurde dann auch in Preußen ein Wohnungsgesetzentwurf eingebracht, aber er ist inzwischen längst wieder in der Versenkung verschwunden. Auch in den anderen Bundesstaaten herrscht noch immer Ruhe über den Wassern. Trotzdem hat bis heute die Reichsregierung noch keinen Ansat zu einer Reichswohnungsreform gemacht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der gegenwärtigen Legislaturperiode wurde dann die Realkreditkommission eingesetzt. Wieder zeigte sich, daß allein im Reichsamt des Innern, bei Dr. Delbrück, eine gewisse Bereitwilligkeit zur Tat vorhanden war, aber ihm sind offenbar durch den Bundesrat die Hände gebunden. Die Realkreditkommission hat rasch und gut gearbeitet. Sofort kam wieder Preußen mit einer Vorlage in derselben Richtung. Aber auch hier scheint es sich wieder nur um einen Versuch Preußens zu handeln, dem Vorgehen des Reichsamts des Innern Schwierigkeiten zu machen. Die Beratungen über die Schatzkammern und Stadtschaften gehen äußerst langsam vorwärts und die preussische Regierung hat schon erklärt, daß sie in diesem Jahre zu den Beschlüssen der Kommission nicht werde Stellung nehmen können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Die Resolution, die die Kommission jetzt vorlegt, ist äußerst bescheiden. Sie beschränkt sich im wesentlichen auf Forderungen, die durch den Krieg dringend geworden sind. Nach dem Kriege wird zweifellos großer Mangel an Kleinwohnungen

zu verzeichnen sein, während das Bedürfnis nach solchen Wohnungen ins Ungemessene steigen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diesem Bedürfnis zu genügen, bezwecken die Forderungen der Resolution. Sie sind, wie gesagt, sehr bescheiden. Wir müssen abwarten, wie die Verbündeten Regierungen sich zu dieser bescheidenen Kriegresolution stellen werden. Lehnen sie sie ab, so würden sie nicht nur den Reichstag, sondern das ganze Volk gegen sich haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Am allernachteiligsten würde es wirken, wenn die Regierung sich auch diesmal wieder auf Kompetenzbedenken berufen würde. Auf Grund des Art. 4 der Reichsverfassung ist das Reich zweifellos berechtigt, großzügige entscheidende Wohnungspolitik zu treiben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei Beginn dieses Krieges ist auch jedermann im Volke dem Rufe der Regierung gefolgt, Leid und Leben preiszugeben, um unser Volk aus dem Kreis seiner Verdränger siegreich herauszubauen, da hat niemand gesagt: Ehe ich herankomme, müssen erst andere herankommen. So verlangen wir auch von der Reichsregierung, daß sie die Spinnfäden der Kompetenzbedenken hier zerreiht, daß sie die Arbeit nicht anderen Schultern überläßt, sondern selbst die Initiative ergreift und in loyaler und ernstlicher Arbeitsteilung mit Einzelstaaten und Gemeinden die große Aufgabe der Wohnungsreform endlich in die Hand nimmt. Im Namen meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir in Zukunft noch viel energischer und dringender die Forderungen auf diesem Gebiete erheben werden. Eine konsequente Wohnungspolitik gehört mit zu der versprochenen Reuorientierung, die kommen muß und die die Verbündeten Regierungen am besten schon jetzt beginnen könnten, indem sie die vorgelegten Resolutionen akzeptieren und sofort in die Wirklichkeit umzusetzen beginnen. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bartschat (Sp.):

Auf dem Gebiete der Wohnungsreform hätte die Reichsregierung allen Grund zum Umlernen. Hoffentlich macht der kommende Staatssekretär in der Wohnungsfrage das Wort wahr: „Neue Weisen kehren gut“. Den Resolutionen der Kommission werden wir zustimmen.

Abg. Dr. Arendt (Deutsche Frakt.):

Die Resolution der Kommission bemühte sich, sich auf das Erreichbare zu beschränken. Eine gute Landesgesetzgebung wäre auf diesem Gebiete der praktikablere Weg, weil das Reich ja doch nur auf dem Umwege über die Einzelstaaten Wohnungsreform treiben kann. Das preussische Wohnungsgezet ist nur durch den Ausbruch des Krieges verhindert worden, nach dem Kriege wird es zweifellos zur Tat werden.

Ministerialdirektor Dr. Lewald:

Namens der Verbündeten Regierungen kann ich zu den Forderungen, die Wohnungsfürsorge durch das Reich zu erweitern, keine Erklärung abgeben. Früher hat sie jedenfalls Bedenken von ausschlaggebender Bedeutung für bestehend erachtet. Seit 1902 hat übrigens das Reich 62 Millionen Mark für das Kleinwohnungswezen aufgewendet. Auf diesem Gebiet geschieht in Deutschland weit mehr als in anderen Ländern.

Abg. Cohn-Nordhausen (Soz. Arb.):

Wenn auch wir die Notlage vieler Hausbesitzer anerkennen, so ist doch die der Mieter größer. Zudem ist das Interesse der Mieter das sozial wichtigere und fordert daher notwendiger das gesetzgeberische Eingreifen. Die Schäden des privaten Bodenbesitzes werden immer stärker offenbar. Zwischen dem Benutzer des städtischen Bodens und dem ursprünglichen Besitzer der Bauplätze schieben sich zu viele Zwischenglieder ein, der Pauschalbesitzer, der Bauunternehmer, die Hypothekendarlehen usw. Sie alle wollen nicht nur einen Ertrag ihrer Arbeit, sondern Spekulationsgewinne, die die Mieter zahlen müssen. Mindestens 50 Millionen Mark jährlich werden den Mietern als eine besondere Steuer für diese Zwecke auferlegt. Diese Ausbeutung des Mieters durch die Spekulation ist der Hauptpunkt des ganzen Wohnungswezens. Aber dieses heiße Eisen anzufassen scheuen sich die bürgerlichen Parteien. Wirksam kann hier durch Kommunalisierung des Grund und Bodens vorgegangen werden. In dieser Richtung bewegen sich die von meinen Freunden in der Kommission gestellten Anträge, die leider abgelehnt worden sind. Momentlich finanzielle Bedenken sind geltend gemacht worden. Aber diese können und dürfen uns nicht schrecken. Wenn man in diesem Hause immer bereit ist, ganz ungeheure Summen zur Förderung zu bewilligen, so muß man auch die Mittel zur Verbindung der Wohnungsbeziehungen und damit für die Gesundheit des Volkes bewilligen. Nehmen Sie daher die Kommissionsanträge an. Sie erreichen damit allerdings auch nichts Wesentliches, im Gegenteil muß die Regierung ständig weiter gedrängt und getrieben werden. Wir werden daher im Kampfe für die Verbesserung unserer Wohnungsbeziehungen nicht erlahmen. (Bravo! bei der Soz. Arb.)

Abg. Götting (natl.):

rühmt die Tätigkeit des Privatkapitals im Wohnungswezen.

Abg. Frommer (L.):

und Abg. Rumm (Deutsche Fraktion) empfehlen die Anträge der Wohnungskommission insbesondere in Bezug auf die Kriegerheimstätten.

Abg. Wirth (S.):

polemisiert gegen den Abg. Cohn. Die Interessen der Hausbesitzer und Mieter seien keineswegs entgegengesetzt. Auch die Angriffe des Schupprechtandes des deutschen Grundbesitzes gegen die gemeinnützige Tätigkeit von Kommunen speziell Freiburgs auf dem Gebiete des Wohnungswezens müssen zurückgewiesen werden. Damit schließt die Diskussion über das Wohnungswezen.

Das Haus verläßt die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Die Kriegsgewinnsteuer.

Die Sitzung der Budgetkommission am Montag wurde von Abg. Dr. Südekum geleitet, dem die Kommission zunächst die Ermächtigung erteilte, dem langjährigen Vorsitzenden, Abg. Spahn, die Glückwünsche zum 70. Geburtstag zu übermitteln.

Den Verhandlungen liegt der Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien zugrunde.

Abg. Dr. Südekum berichtet zunächst über die eingelaufenen Petitionen, die durch das Kompromiß erregt erschienen.

Zu § 1 des Gesetzes erklärt Abg. Dr. Oertel, daß seine Partei an dem Grundsatze festhält, daß das Reich nicht in die Finanzgebiete der Einzelstaaten eingreifen dürfe. Ein Teil der Konservativen wird deshalb auch gegen den Kompromißvorschlag stimmen. Die große Mehrheit der Konservativen wird aber, weil diese Besitzsteuer nicht wiederholt werden soll, dem Kompromiß zustimmen. Damit soll aber nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß die Konservativen ihren prinzipiellen Standpunkt aufgeben.

Abg. Reil (Soz.) bezweifelt, ob es parlamentarisch richtig war, die bisherigen Verhandlungen unter Ausschluß der Sozialdemokraten zu führen. Jetzt aber ist es unser Recht und unsere Pflicht, unsere Meinung zu den Ergebnissen der inoffiziellen Kommissionsverhandlungen zu sagen. Wir vertreten dabei die Interessen unserer Wähler, die jetzt mehr als je die Interessen der ganzen Volksgemeinschaft sind. Die Kompromißanträge bedeuten eine völlige Umstürzung der seither gefaßten Beschlüsse. Man schreit vor einer wirklichen Belastung des Vermögens zurück, deshalb hat man den Wehrbeitrag wieder fallen lassen. Offenbar fürchten sich die bürgerlichen Parteien vor dem „Unannehmbar“ der Regierung. Diese Furcht ist durch nichts begründet, denn der Reichskanzler selbst hat erklärt: „Alles geben wir hin!“ Die beschlossene Belastung ist ungemessen gering, selbst davon aber schreit man jetzt zurück. Seit der Einbringung der Vorlagen der Regierung haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse im Innern noch wesentlich verschlechtert. Trotzdem will man den Ertrag der Verbrauchs- und Verbrauchssteuern noch steigern. Die Umsatzsteuer soll das Dreifache des zuerst vorgeschlagenen Quittungstempels bringen. Auf die fingierte Vermögenssteuer sollen 200 Millionen entfallen. Diese Summe kann bei der vorgeschlagenen Konstruktion unmöglich erreicht werden. Den Löwenanteil sollen also die indirekten und die Verbrauchssteuern bringen. Die jetzt beschlossene Belastung des Vermögens bleibt weit hinter dem zuerst beschlossenen neuen Drittel des Wehrbeitrages zurück. Ein Vermögen von 5 Millionen Mark wäre mit einem neuen Wehrbeitragsdrittel mit 10 000 M. belastet worden. Nach den neuen Vorschlägen beträgt die Belastung 5000 M. Die neue Umsatzsteuer ist die dösartigste der vorgeschlagenen Steuern, denn sie belastet den Verzehrer mit 200—300 Millionen Mark. Das Volk erwartet vom Reichstag Hilfe in seiner Not, statt dessen bietet man ihm neue ungeheureliche Belastung, während die Kriegsgewinne viel zu sehr geschont werden. Dabei sind Gesellschaften und Privatkapitalisten in der Lage, einen Teil der Kriegsgewinne zu versteuern, die den Aktionären erst nach dem Kriege zuzuführen und dann nicht mehr von dieser Steuer erfaßt werden. Diese Art Gesetzesmacherei läuft geradezu auf einen Schuß der Kriegsspekulanten und -sucher hinaus. Die Wirkung im Volke draußen muß geradezu eine zerschmetternde sein. Das Mindeste, was man in dieser Zeit verlangen kann, ist, das Volk mit Verbrauchs- und Verbrauchssteuern zu verschonen.

Staatssekretär Dr. Helfferich erklärt, daß es der Regierung nicht leicht wurde, den Vorschlägen zuzustimmen. Bedauerlich sei, daß die Sozialdemokraten seine Zustimmung ausgesprochen haben. Neben versucht dann in längeren Ausführungen die neu vorgeschlagene Belastung des Vermögens zu rechtfertigen. Während des Krieges soll man prinzipielle Fragen nicht auslumpfen. Die verbündeten Regierungen können sich unter keinen Umständen auf einen neuen Wehrbeitrag einlassen. Ganz abgesehen davon, ist der neue Wehrbeitrag nicht möglich, weil er die Verschlebung der Vermögen und des Ein-

kommen nicht berücksichtigt. Vermögen, die durch den Krieg stark gelitten haben, dürfen nicht auch noch bestraft werden. Der Charakter der einmaligen Belastung muß aufrechterhalten bleiben. Ertragsschätzungen sind jetzt ganz unmöglich. Das Volkvermögen hat durch den Krieg gelitten, immerhin wird die Zahl der Vermögen, die mehr als 10 Proz. verloren haben, nicht allzu groß sein. Der Ertrag des Umsatzsteuereinkommens wird im Frieden höchstens 250-300 Millionen Reichsmark erreichen. Die vorgeschlagenen indirekten Steuern werden für die Massen des Volkes kaum fühlbar sein, die Umsatzsteuer wirkt am wenigsten nach unten, denn sie belastet den Umsatz nach seiner Höhe. Auch die anderen Steuern sind für das Volk nicht fühlbar, selbst die Tabaksteuer wird sich ertragen lassen.

Abg. Haase (Soz. Arb.): Man sieht jetzt bereits vor vollendeten Tatsachen, denn die Budgetkommission ist ausgeschaltet worden, bis eine private Gruppe von Parlamentariern ihre Abmachungen getroffen hatte. Diese Steuermaßnahme ist ein Schlag ins Gesicht der Massen. Den Besitzenden hat man die Opferpflicht recht leicht gemacht. Redner behält sich seine weitere Kritik für das Plenum vor.

Abg. Stollen (Soz.) tritt der Auffassung des Staatssekretärs entgegen, daß man während des Krieges prinzipielle Meinungsverschiedenheiten nicht austragen dürfe, sonst müßte man alle Vorlagen einfach annehmen. Die Konstruktion der Besteuerung eines nicht voll eingetretenen Vermögensverlustes schwebt geradezu in der Luft. Das einzig Mögliche war die nochmalige Erhebung des Wehrbeitrags. Es ist durchaus falsch, wenn der Schatzsekretär behauptet, es sei ein gesunder Ausgleich zwischen direkten und indirekten Steuern geschaffen, denn die indirekten Steuern bleiben dauernd, die direkte Steuer aber ist eine einmalige.

Abg. Dr. David (Soz.): Unsere definitive Stellung zu diesem Gesetz kann in diesem Moment nicht erklärt werden. Wenn etwas geeignet ist, die Geschlossenheit des Volkes zu gefährden, dann sind es diese Steuern, die direkt als schikanös betrachtet werden müssen. Die Umsatzsteuer werde ohne Zweifel abgelehnt werden. Es ist ein Unterschied, ob der Reiche von seinem Ueberfluß zahlt, oder ob der kleine Mann sich diese Abgaben vom Wunde absparen muß. Gerade in Steuerfragen müßte der Schwerpunkt im Parlament liegen. Bei den nächsten Wahlen wird das Volk über diese Steuern urteilen. Die Verfassung bietet kein Hindernis, für das Reich direkte Steuern zu schaffen. Die weitere Entwicklung wird diesen Widerstand beseitigen. Es ist kein vernünftiger Grund vorhanden, den Wehrbeitrag nicht noch einmal zu erheben; er hätte auf Grund der Neubenanlage festgesetzt werden müssen, hätte also die verminderten Einkommen und Vermögen nicht ungerecht erfährt.

Bei der Abstimmung stimmen für Aufrechterhaltung des § 1 nach den Beschlüssen der ersten Lesung (mit dem Wehrbeitrag) nur die Sozialdemokraten. Damit ist der Paragraph in der Fassung der Kompromißvorläge angenommen.

Die Sozialdemokraten beantragen eine Verschärfung des Steuertarifs für Einzelpersonen. Danach soll der Steuerfuß nicht nur mit der Höhe des Vermögenszuwachses von 5 bis 50 Proz. ansteigen, sondern diese Steigerung soll auch eintreten bei zunehmendem Vermögensstand.

Nach der Kompromißvorlage wird der Höchststeuerfuß von 50 Proz. ohne Rücksicht auf den Vermögensbestand nur dann erhoben, wenn der Zuwachs mehr als eine Million beträgt. Nach dem sozialdemokratischen Antrag sollen 50 Proz. auch schon von 10 000 M. Zuwachs erhoben werden, wenn dieser Zuwachs zu einem Vermögensbestand von zwei Millionen hinzukommt. Ein Zuwachs von 20 000 M. soll mit 50 Proz. besteuert werden, wenn er zu einer Million Vermögen hinzukommt; ein solcher von 30 000 M., wenn er zu einem Bestand von 700 000 M. kommt; ein Zuwachs von 50 000 M. dann, wenn er zu einem Bestand von einer halben Million tritt usw.

Die Steuerarbeit der Kompromißparteien.

Die Steuerkommission des Reichstags trat am Montagabend um 6 Uhr zusammen und erledigte in 10 Minuten das Gesetz über die Postabgaben, das nach den Vorschlägen der Kompromißparteien angenommen wurde. Die Befreiung der Pforten von dieser Abgabe, die in erster Lesung beschlossen worden war, wurde wieder gestrichen. In noch schnellerem Tempo wurde der Nachzahlungsschmelz erledigt, worauf sich die Kommission der Beratung der Tabaksteuer vorlagte zuwandte.

Die Novelle zum Reichsvereinsgesetz und die Gewerkschaftspresse.

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben:

Der Sprecher der alten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war bekanntlich der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Genosse Karl Legien. Er brachte zum Ausdruck, daß seine Fraktion am liebsten eine unveränderte Annahme der allerdings an sich mangelhaften Regierungsvorlage ohne Kommissionsberatung gesehen hätte. Nachdem jedoch die Kommissionsberatung beantragt worden sei, wolle seine Fraktion einer solchen nicht widersprechen. Vorher hatte Genosse Legien schon in einem Aufsatz im „Vorwärts“ zum Ausdruck gebracht, daß die Vorlage zwar wenig bringe, aber immerhin doch so viel, daß es am besten wäre, sie bei der gegenwärtigen Lage ohne weiteres anzunehmen und die Zustandekommen nicht durch weitergehende Kommissionsbeschlüsse zu gefährden.

Die Tatsache, daß es gerade der Vorsitzende der Generalkommission war, der diese Ansichten zum Ausdruck brachte, mußte den Anschein erwecken, als entsprächen sie einer Stellungnahme der Gewerkschaften. Demgegenüber muß aber festgestellt werden, daß sich mit dem für die Gewerkschaften zweifellos wichtigen Gesetz eine Vertreterkonferenz der Gewerkschaften nicht beschäftigt hat. Solche Konferenzen von Vertretern der Gewerkschaftsvorstände haben zwar mehrere während der Kriegszeit stattgefunden. Zwei davon haben sich zum Beispiel auch mit der Stellung der Gewerkschaften zu der Politik des 4. August beschäftigt und Entschlüsse angenommen, durch die sie die Verteidigung dieser Politik zur Sache der Gewerkschaften zu machen versuchten. Mit diesen Entschlüssen haben, nebenbei bemerkt, die Vertreterkonferenzen ihre Befugnisse weit überschritten. — Aber zu der Vereinsgesetznovelle hat keine Vertreterkonferenz Stellung genommen und die Wünsche der Gewerkschaften formuliert und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zugänglich gemacht. Das wäre aber um so mehr erforderlich gewesen, als aus der Gewerkschaftspresse hervorgeht, daß die Vorlage von den einzelnen Gewerkschaften durchaus verschieden beurteilt wird. Neben einer Anzahl Gewerkschaftsbücher, die dem von Legien im „Vorwärts“ vertretenen Standpunkt zustimmen, finden wir eine ganze Reihe Blätter, die es für nötig halten, im Reichstags durch entsprechende Anträge eine Aenderung der Regierungsvorlage durchzuführen. So schreibt die „Vergarbeiter-Zeitung“ in ihrer Nummer 20:

„Dieses Reformgesetz ist für die Gewerkschaften durchaus unbefriedigend. Es entspricht keinesfalls den Worten des Reichsanzlegers, es solle mit dem Best und Unrat, über den sich alle Fortschrittsfreunde in Deutschland zu beklagen haben, ausgeräumt werden.

Zunächst ist auch dieser „Auslegungsparagraph“ noch sehr dehnungsfähig. Wir müssen eindeutige Bestimmungen verlangen, die die Gewerkschaften vor juristischen Auslegungskünsten schützen. Sodann vermüssen wir die Aufhebung der Vereinigungsbeschränkungen für die Landarbeiter und für die Arbeiter in den Betriebsanstalten. Ganz besonders müssen wir die Aufhebung des sogenannten Sprachenparagraphen fordern, der eigens zur Erleichterung der gewerkschaftlichen Organisierung der Schwerindustriearbeiter in das Reichsvereinsgesetz hineingekommen ist.

Wir sind der Ueberzeugung, daß die Gewerkschaftszentralen alsbald Stellung zu dem Gesetzentwurf nehmen werden und erwarten von den Reichstagsabgeordneten, denen es ehrsich um eine

soziale Gleichberechtigung der Arbeiterschaft mit der Landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmerschaft zu tun ist, die gründliche Verbesserung des ganz unzulänglichen Gesetzentwurfs.“

Auch „Der Zimmere“ sagt in seiner Nummer 21: „In einer dem Entwurf beigefügten Begründung bringt die Regierung zum Ausdruck, daß die von ihr gewählte Fassung dem erstrebten Zwecke besser entspreche als die Form im Antrage vom 27. August 1915. Der Reichstag dürfte anderer Meinung sein. Gleich in der ersten Sitzung des Reichstags nach den Osterferien wird der Entwurf zur Beratung gelangen. Voraussetzlich wird er einer Kommission überwiesen werden. Er muß eine Fassung erhalten, die allen Schikanierungen der Gewerkschaften ein für allemal den Riß vertrammt.“

Das Organ der Fabrikarbeiter „Der Proletarier“ hebt in seiner Nummer 20 hervor, daß es in der Vorlage keinen absoluten Schutz gegen Politisierung erblickt. Es nennt trotzdem die Vorlage eine wesentliche Verbesserung und sagt dann aber: „Selbstverständlich werden die Arbeitervertreter im Reichstags versuchen, die Vorlage der Regierung zu erweitern und zu verbessern.“ Es sieht also auch nicht in jedem Verbesserungsantrag eine Gefährdung der ganzen Vorlage.

Die „Rachzeitung für Schneider“ sagt: „Der Reichstag wird hoffentlich das Nötige dazu beitragen, daß dieser Entwurf nicht so ohne weiteres Gesetz wird, sondern daß der Satz, den er am 27. August 1915 fast einstimmig zum Beschluß erhoben hat, wiederhergestellt wird.“ Und das Organ des Malerverbandes, der „Bereinsanzeiger“, schreibt: „Nachdem sich aber die Notwendigkeit einer Revision des Reichsvereinsgesetzes schon längst herausgestellt hat, sollte auch jetzt wirklich eine zeitgemäße Umgestaltung durchgeführt werden.“

Aus den angeführten Stimmen, die noch um einige vermehrt werden könnten, geht hervor, daß das Vorgehen der Sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die im Reichstags uneingeschränkt für eine Kommissionsberatung der Regierungsvorlage eingetreten ist, den Anschauungen dieser Gewerkschaften entspricht. Es wäre sogar nicht ausgeschlossen gewesen, daß eine Vertreterkonferenz der Gewerkschaftsvorstände sich gegen die von Legien und der alten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingeschlagene Taktik ausgesprochen hätte.

Der Kuriosität halber wollen wir hier noch eine Stimme erwähnen, die die neue Gesetzesvorlage in einem Artikel mit der vielversprechenden Ueberschrift: „Das neue Gewerkschaftsrecht“ wie folgt begrüßt: „Am Weltfeiertage der Arbeit — am 1. Mai 1916 — hat der Bundesrat des Deutschen Reiches einem Gesetzesentwurf zugestimmt, durch den die Gewerkschaften auf einen neuen und gesicherten Rechtsboden gestellt werden sollen.“ So zu lesen in der „Allgemeinen Deutschen Württemberg“ vom 13. Mai 1916.

Politische Uebersicht.

Mutterschutz und Wohnungsfrage.

Die gestrigen Reichstagsverhandlungen beim Etat des Reichsamt des Innern wurden beherrscht von der Frage des Mutter- und Säuglingschutzes und der Wohnungsfrage. Genosse Kunert begründete in etwa einstündiger Rede den in der letzten Sonnabend Sitzung bereits miterörterten Antrag der Sozialdemokratischen Arbeiterschaft auf reichsrechtliche Regelung des Mutter- und Säuglingschutzes. An der Hand einschlägigen Materials zeigte der Redner die großen Verluste, die die Volksgemeinschaft alljährlich erleidet durch den Tod vieler Mütter während der Geburt und durch die große Sterblichkeit der Säuglinge. Er forderte dagegen umfassende Vorbeugungsmassnahmen der verschiedensten Art. Seine treffenden Ausführungen waren durchsetzt mit gründlichen Hervorhebungen der durch das kapitalistische Wirtschaftssystem im geschaffenen Ursachen der sozialen Uebel. Der Präsident des Reichsgesundheitsamts, Herr Dr. Bumm, ging in sehr eingehender und äußerst sachlicher Weise auf die vom Genossen Kunert erörterten Fragen ein und gab zu, daß auf dem Gebiete des Mutter- und Säuglingschutzes noch weit mehr geschehen müsse als bisher. Genosse Kunert antwortete ihm noch einmal in verschiedenen Punkten und polemisierte, wie schon in seiner ersten Rede, besonders gegen den Antrag des Zentrumsabgeordneten Dr. Hise, die Materie mit einem Duzend verwandter Dinge in einer Kommission zu begraben. Genosse Fischer-Sannover hob in kurzen Ausführungen noch besonders die Leistungen der Ortskrankenkassen auf dem Gebiet des Mutter- und Säuglingschutzes hervor. Der Fortschrittler Müller-Meinungen sprach über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und die Prostitution. Die Abstimmung über die Resolutionen wurde zunächst zurückgestellt.

Darauf wandte sich das Haus der Beratung der Wohnungsfrage zu. Für die Wohnungskommission des Reichstags forderte als deren Berichterstatter der Zentrumsabgeordnete Jäger neben einer Reihe sonstiger Reformen die Verdoppelung der von der Regierung in den Etat eingestellten Summe von 5 Millionen Mark zur Förderung des Kleinwohnungsbaues für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Reichsbetrieben. Der nationalliberale Prinz v. Schönau-Carolath schloß sich dem Verlangen der Kommission besonders bezüglich der Heimstätten für Kriegsbeschädigte an. In einer längeren Rede vertrat dann Genosse Göhre sehr energisch und warm die Forderungen der Kommission, dabei auf deren sehr eingehende Verhandlungen und die dabei abgegebenen Regierungserklärungen eingehend. Besonders wies er auf die Widerstände hin, die auch der Wohnungsreform von Breußen aus bereitet werden. Nachdem der Fortschrittler Bartschat und der Freikonservative Dr. Arendt sich ebenfalls für die Kommissionsforderungen ausgesprochen hatten, nahm Ministerialdirektor Dr. Lewald das Wort, um die preussische Regierung gegen Genossen Göhre in Schutz zu nehmen und für die Reichsregierung zu erklären, daß ihre früheren Bedenken gegen eine weitgehende reichsrechtliche Regelung des Wohnungswesens noch immer nicht beseitigt seien. Weiter machte er das bezeichnende Eingeständnis, daß er nicht sagen könne, wie die Regierung sich zu den beschiedenen Reformforderungen der Kommission, die ihr doch nicht erst seit gestern bekannt sind, stellen werde; sogar die „finanzielle Belastung“ glaubte er betonen zu müssen. Die Driftigkeit dieser „Reorientierung“ auf dem Gebiete des Wohnungswesens enttäuschte im ganzen Hause. Genosse Dr. Oskar Cohn behandelte darauf vor allem die in der kapitalistischen Ausbeutung des Grund und Bodens liegenden Ursachen der Wohnungsnot und betonte die Unerfüllbarkeit der von der Regierung so wenig entgegenkommend aufgenommenen Reformforderungen in den Kommissionsforderungen, für deren Annahme er plädierte. Kurze Reden des Nationalliberalen Götting, des Konservativen Frommer, des Christlichsozialen Mumm und des Zentrumsabgeordneten Dr. Wirth bildeten den Schluß der mehrstündigen Aussprache. Das Haus vertagte sich auf Mittwoch 1 Uhr, um dann über Belagerungszustand und Zensur zu verhandeln.

Kurze Anfrage.

Abg. Waffermann hat im Reichstags folgende Anfrage eingebracht:

Nach § 214 der Reichsversicherungsordnung fällt der Anspruch auf die Ausleistung einer Sterbekasse weg, wenn der Erwerbslose sich im Ausland aufhält. Im Laufe des Krieges sind viele der zum Heeresdienst einberufenen gewesenen Versicherten in Feindesland gefallen. Der Anspruch auf Sterbegeld in solchem Falle, ebenso wie die Erwerbslosenhilfe, von den zuständigen Gerichten abgewiesen worden, weil der Unterhaltungsfall im Ausland eingetreten ist, und der Kriegsausbruch im Feindland als Ausland im Sinne der Versicherungsordnung gilt.

Gedenkt der Herr Reichsfinanzminister über diesen unbilligen Rechtsstandpunkt Abhilfe zu schaffen?

„Wir lassen uns nicht drängeln.“

Aus einer der letzten Reden des englischen Schatzsekretärs ging hervor, daß Großbritannien gegen den Frieden 300 Millionen Pfund Sterling oder 6 Milliarden Mark mehr neue Steuern regelmäßig aufbringt. Wir haben schon wiederholt auf das Vorbild der englischen Kriegswirtschaft hingewiesen, und diese neuen Zahlen sind in der Tat geeignet, das englische Steuerwesen von neuem zur Beachtung zu empfehlen. Auch der „Berliner Lokal-Anzeiger“ kann nicht leugnen, daß Großbritannien „eine imposante Leistung“ vollbracht hat. Aber er fügt dem hinzu:

„Wenn aber der englische Schatzmeister bei dieser Gelegenheit mit geringfügigen Auf die neuen deutschen Steuern blickt, die er mit nur 500 000 000 Mark anstellt, so zeigt er wie mancher maßgebende Engländer vor ihm, wie wenig er Deutschland und die Deutschen kennt. Er glaubt augenscheinlich, er hätte nun die deutsche Steuerkonkurrenz mit Zahlen und Werten völlig ins Feld geschlagen und ahnt nicht wie wir uns im Steuerzahler beherrichen können. Uns sind vorherhand 700 (nicht 500) Millionen ausreichend, und wir werden uns auch von einem englischen Schatzkanzler nicht drängeln lassen, es ihm gleich zu tun oder gar ihn zu übertrumpfen.“

Dabei ist es uns selbstverständlich klar, daß wir in noch weit höherem Maße als bisher Geldmittel werden aufbringen müssen, um den Krieg und seine Folgen zu finanzieren. Dabei hoffen wir aber auf die liebenswürdige Unterstützung unserer Feinde, wenn sie eins von uns besetzte Gebiete, die wir nicht behalten wollen, zurückerwerben müssen. Deshalb brauchen wir uns nicht mit weitergehenden Steuern zu überfrachten, die über den Bedarf der Stunde gehen. Wenn wir einmal zur Salubrität dieses Krieges kommen, wird so oder so für ihre ordnungsgemäße Aufmachung gesorgt werden.“

Dieser Stolz, daß wir uns im Steuerzahler „beherrschen“ könnten und uns nicht drängeln lassen, es England gleichzutun oder gar (!) zu übertrumpfen, klingt doch sehr merkwürdig. Unsere Regierung verzichtet nicht auf eine höhere Summe an Steuern, weil sie das Geld nicht braucht, sondern weil sie nicht größere Steuerkämpfe im Innern entfehlen will. Schon bei der bescheidenen Forderung von ursprünglich 500, jetzt 700 Millionen Mark, stellt es sich heraus, daß unsere besitzenden Kreise wiederum so gut wie nichts dazu beitragen wollen. In England dagegen beträgt z. B. die Einkommensteuer allein etwa 50 Proz. Der Hinweis auf den Ausgleich bei Friedensschluß kann wohl überhaupt nicht ernst genommen werden; er ist nur eine schlechte Ausrede angesichts der jetzigen Finanzlage.

Der Artikel des „Lokal-Anzeiger“ ist mit E. Z. (Zimmermann) unterschrieben. Wie man sagt, tragen alle Artikel dieses Zeichens halbamtlichen Charakter. In diesem Fall würde der Artikel also aus dem Reichsschatzamt stammen. Sollte das zutreffen, so wäre der Artikel umso weniger begreiflich. Denn daß man im Reichsamt glaubt, durch bestimmte Friedensbedingungen um eine gründliche Reform des ganzen deutschen Finanzwesens herumzukommen, wäre eine der schwerwiegendsten unter den vielen Täuschungen, die uns seit Kriegsbeginn in Regierungskreisen begegnet sind.

„Vorzüge.“

In der „Post“ schreibt Freiherr von Sedlitz:

„Das Steuerkompromiß im Reichstags hat vom allgemeinen wie vom steuerpolitischen Standpunkte überaus große Vorzüge. Dahin sind vornehmlich zu zählen: die Vereinigung aller bürgerlichen Parteien zu einem geschlossenen Steuerblock für die restlose Erfüllung der Staatsoffizien und ferner die Beseitigung der Forterhebung des Wehrbeitrages und aller anderen Uebergriffe in die Steuerhoheit der Bundesstaaten. Der „Vorwärts“ hat nicht ganz unrecht mit der Behauptung, daß die vereinbarte Feststellung der Kriegsabgabe den Weg zu direkten Reichsteuern nicht nur nicht öffne, sondern eher versperrt. Um so großer Lichtseiten willen kann man sich auch füglich mit einigen Schattenseiten des Kompromisses abfinden. An solchen fehlt es allerdings nicht. Vor allem auch nicht bei der Kriegsabgabe.“

Darf man kritisieren?

Am 4. März brudte die „Rheinische Hausbesitzer-Zeitung“ an leitender Stelle ein Eingekandt aus dem „Grund-eigentum“ ab, in dem aufgefordert wurde, Geld lieber in Hypotheken als in Kriegsanleihe anzulegen. Nach Anführung eines Falles, bei dem jemand an Staatspapieren Geld verloren hat, heißt es wörtlich:

„Auch die Besitzer von Kriegsanleihen werden vermutlich in absehbarer Zeit vor Enttäuschungen nicht bewahrt werden und daselbe erleben.“

Die „Welt am Montag“ knüpft daran die Bemerkung, daß „kaum eine Interessentengruppe immer so ostentativ ihren Patriotismus (in Worten) zur Schau getragen hat, wie gerade gewisse Organisationen der Hausbesitzer.“ Wir möchten unsererseits noch daran erinnern, daß die Abgeordneten, die Lieblincht am 8. April wegen seiner Kritik an der Kriegsanleihe niederschrien, größtenteils zu den Befürwortern der Hausbesitzerinteressen gehören.

Verbot der Naturheilkundigen-Praxis.

Aus Breslau wird gemeldet: Eine Anordnung des stellvertretenden Generalkommandos des 6. Armeekorps, die auch für den Bereich der Festungen Glatz und Breslau gilt, verbietet die Ausübung ärztlicher Tätigkeit durch Nichtapprobierte und die Anknüpfung der Behandlung irgendwelcher Krankheiten durch solche Personen. Das Verbot bezieht sich nicht auf medizinische Hilfskräfte, Dentisten, geprüfte Heilgehilfen, Krankenpfleger und Aneker, soweit sie Dienste verrichten, die gesundheitlich von solchen Personen geleistet werden, und die nur Handfertigkeiten, aber keine ärztliche Vorbildung erfordern. — Verbieten ist auch die Anpreisung oder der Verkauf von Abtreibungsmitteln. — Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft; in mildereren Fällen kann auf Haft oder Geldstrafe erkannt werden. (z)

Ein Notruf der Schutzleute.

Die „Preussische Schutzmanns-Zeitung“ (Nr. 18) schreibt:

Die Preise für alle Bedürfnisse des täglichen Lebens sind erheblich gestiegen. Ganz besonders hat unter diesen Verhältnissen der in festem Gehalt stehende Beamte zu leiden. . . Ganz besonders aber werden diejenigen Beamten hart betroffen, denen durch ihre besondere Stellung jede Nebeneinnahme durch Nebenverdienst fehlt. Hierzu gehört in erster Linie die königliche Schutzmannschaft. Es ist deshalb auch bitterste Wahrheit, daß sich ein großer Teil unserer Kameraden in einer schweren Notlage befindet. . . Das Ringen ums tägliche Brot wird von Tag zu Tag ernster. Treten nun in einer Familie, die nicht schon von Geburt an mit irdischen Glücksgütern gesegnet ist, noch Krankheiten auf, so ist das in Schuldengeräten unaussprechlich. Die bereits vom Staate gewährten Kinderzulagen (10 Pf. pro Tag für das Kind. Red.) reichen bei weitem nicht aus um hier einen Notstand zu beseitigen.

Es ist ohne weiteres klar, daß eine wirtschaftliche Notlage der Polizeibeamten, an die mancherlei Versuchungen heranreten, besonders bedenklich ist.

Kriegsgefangene Franzosen in Rußisch-Polen.

Unter der Rubrik „Richtigstellung französischer Lügen“ wendet sich die „Kordb. Allg. Ztg.“ vom Sonnabendabend gegen die französische Pressefälschung, daß die deutsche Regierung eine große Anzahl kriegsgefangener Franzosen gebildeter Stände zu schwerer Arbeit in die russischen Sümpfe verschickt habe, wo sie unter menschenunwürdigen Bedingungen bei schlechter Behandlung Strohen bauen müßten. Die „Kordb. Allg. Ztg.“ weist darauf hin, daß eine besondere Rücksicht auf gebildete Franzosen von Deutschland nicht verlangt werden könne, da gebildete Deutsche in Frankreich und besonders in Afrika seit vielen Monaten mit schwerer Arbeit beschäftigt werden. Wiederholten Ersuchen um Räumung Nordafrikas von den deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen sei bisher nicht entsprochen worden. Die Unterbringung und Verpflegung der Kriegsgefangenen Franzosen in Rußland, wo deren Arbeit gebraucht wird, entspreche den örtlichen Verhältnissen; sie sei ungleichmäßig günstiger als die der Deutschen in Afrika.

Briefverkehr mit Polen.

Horian ist das gesamte Gebiet des Generalgouvernements Warschau, nicht nur wie bisher eine beschränkte Anzahl von Orten, unter den bekannten Bedingungen zum Briefverkehr mit Deutschland zugelassen.

Das tägliche Brot.

Bundesratsbeschlüsse.

Berlin, 22. Mai. Amtlich. In der heutigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme der Entwurf einer Verordnung über die Sicherung der Volksernährung, der Entwurf einer Verordnung betreffend den Uebergang der Geschäfte der Reichsstelle für Kartoffelversorgung auf die Reichskartoffelstelle und der Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Fleischwaren.

Freigabe von Kaffee und Tee.

Berlin, 22. Mai. (B. Z. V.) Der Kriegsausschuss für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H., Berlin, macht bekannt, daß diejenigen Mengen an Rohkaffee, für die bisher die Uebernahme nicht ausgesprochen ist, unter folgenden Bedingungen freigegeben werden:

1. Die freigegebenen Mengen dürfen nur an die Verbraucher direkt oder seitens des Großhandels nur an solche Wiederverkäufer des Großhandels abgegeben werden, die sich verpflichten, den Kaffee unmittelbar an die Verbraucher abzuführen.

2. In jedem einzelnen Falle darf nicht mehr als ein halbes Pfund gerösteter Kaffee verkauft werden. Der Verkauf ist nur gestattet, wenn gleichzeitig an denselben Käufer mindestens die gleiche Gewichtsmenge Kaffee-Ersatzmittel abgegeben wird.

3. Der Preis für ein halbes Pfund gerösteten Kaffee und ein halbes Pfund Kaffee-Ersatzmittel darf zusammen 2,20 M. nicht übersteigen.

4. An Großverbraucher (Kaffeehäuser, Hotels, Gastwirtschaften, gemeinnützige Anstalten, Lazarette usw.) darf an Kaffee nur die Hälfte desjenigen Quantum in wöchentlichen Raten verkauft werden, das ihrem nachweisbaren wöchentlichen Durchschnittsverbrauch der letzten drei Betriebsmonate entspricht; es muß auch in diesem Falle mindestens die gleiche Menge Ersatzmittel verkauft werden.

5. Fertige Mischungen von geröstetem Kaffee mit Ersatzmitteln müssen mindestens die Hälfte Kaffee-Ersatzmittel enthalten. Wer solche Mischungen verkauft, ist verpflichtet, auf der Umhüllung (Verpackung) anzugeben, wieviel Prozent reiner Bohnenkaffee in der Mischung enthalten sind. Der Preis für diese Mischungen darf, wenn sie 50 Proz. Bohnenkaffee enthalten, 2,20 M. pro Pfund nicht übersteigen. Enthalten die Mischungen einen geringeren Prozentsatz Bohnenkaffee, so ist der Verkaufspreis dementsprechend niedriger zu stellen.

Denjenigen Verkäufern von Kaffee, Kaffee-Ersatzmitteln und sonstigen Mischungen, die die obigen Bedingungen nicht einhalten, wird durch den Kriegsausschuss ihr gesamter Vorrat an Kaffee abgenommen werden.

Der Kriegsausschuss für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H., Berlin, macht ferner bekannt, daß diejenigen Mengen an Tee, für die bisher die Uebernahme nicht ausgesprochen ist, unter folgenden Bedingungen freigegeben werden:

1. Die freigegebenen Mengen dürfen nur an die Verbraucher direkt oder seitens des Großhandels nur an solche Wiederverkäufer des Großhandels abgegeben werden, die sich verpflichten, den Tee unmittelbar an die Verbraucher abzuführen.

2. Im Kleinverkauf dürfen an jeden einzelnen Käufer nicht mehr als 125 Gramm Tee auf einmal verabfolgt werden. — Schon verpackte größere Gewichtseinheiten als 125 Gramm müssen dieser Zustimmung angepaßt werden.

3. An Großverbraucher (Kaffeehäuser, Hotels, Gastwirtschaften, gemeinnützige Anstalten, Lazarette usw.) darf an Tee dasjenige Quantum in wöchentlichen Raten verkauft werden, das ihrem nachweisbaren wöchentlichen Durchschnittsverbrauch der letzten drei Betriebsmonate entspricht.

4. Im Kleinhandel darf für guten Konsumtee der Preis für das Pfund (500 Gramm) 4,50 M. bezw. für lose Ware und 5.— M. bezw. für handelsübliche Original-Pakete nicht überschreiten. Bessere bis feinste Sorten dürfen der Qualität entsprechend zu höheren Preisen verkauft werden, jedoch nicht höher als 8.— M. das Pfund für lose Ware und 8,50 M. das Pfund für gepackte Ware.

5. Bei Mischungen von schwarzem und grünem Tee ist das Mischungsverhältnis auf der Umhüllung (Verpackung) anzugeben und der Verkaufspreis entsprechend niedriger zu stellen. Denjenigen Verkäufern von Tee, welche die obigen Bedingungen nicht einhalten, wird durch den Kriegsausschuss ihr gesamter Vorrat an Tee abgenommen werden.

Vom wirtschaftlichen Weirat.

In der Sitzung des Weirats für Volksernährung vom 20. d. Mts. wurde die Fleisch- und Kartoffelversorgung sowie die Frage der Delgewinnung aus Obstkernen erörtert. Bei der Erörterung der Fleischversorgung wurde auch die Förderung des Abschusses von Wild in Betracht gezogen.

Die innerstaatlichen Ausführverbote.

Die Ausführverbote, die in verschiedenen Kreisen der Monarchie ergangen sind, finden ihre rechtliche Grundlage in den Bestimmungen des Preisprüfungsstellengesetzes. Der Minister des Innern steht auf dem Standpunkt, daß solche Ausführverbote an sich nicht glückselig und jedenfalls generell nicht zu rechtfertigen sind. Er hat deshalb telegraphisch um Verzicht über die Gründe gebeten, aus denen sie ergangen sind, und es ist nicht ausgeschlossen, daß er ihre Aufhebung veranlassen wird. Es ist aber auch möglich, daß sie bei der bevorstehenden Vereinigung der gesamten Lebensmittelversorgungsfragen ohne weiteres fallen werden.

Was die Verteilung des jetzt zum Abschluß gelangenden Bildes betrifft, so ist sie so geregelt, daß zunächst der eigene Bedarf jedes einzelnen Kreises befriedigt wird. Der Ueberfluß wird einer Zentralstelle zugeführt, die damit den allgemeinen Konsum befriedigt.

Zur kommunalen Nahrungsmittelversorgung.

Die Stadt Bielefeld hat eine Regelung der Nahrungsmittelversorgung vorgenommen, die Beachtung verdient. Die Stadtverwaltung laßt lebendes Vieh durch den Westfälischen Viehhändlerverband oder durch beauftragte Bielefelder Schlächter. Alles von Schlächtern gekaufte lebendes Vieh muß zur Verfügung des Magistrats abgeliefert werden. Das Vieh wird in städtischer Verwaltung auf dem Schlachthof geschlachtet. Der Magistrat verkauft das frische Fleisch und die Abfälle an alle Bielefelder Schlächtereien zum Weiterverkauf an die Verbraucher und zur beschränkten Wurstherstellung. Zum Kauf von Fleisch werden bei der Brotbuchausgabe an alle Haushaltungen, welche weniger als 1 1/2 Fleischvorräte für jedes Haushaltsmitglied besitzen, Fleischkarten ausgegeben. Die Ration, die jeder Verbraucher beanspruchen kann, richtet sich nach der beschafften Fleischmenge. Kranke, Urlaubler, übernachtende Reisende usw. werden bei der Zuteilung von Fleischarten besonders berücksichtigt. Verkaufspreise und Kleinhandelspreise werden vom Magistrat nach Bedarf unter Einrechnung eines angemessenen Gewinnes festgesetzt und öffentlich bekanntgegeben.

Ähnlich ist die Regelung für Butter, Margarine, Schmalz und Eier. Die Händler und Gewerbetreibenden sind verpflichtet, ihre Vorräte sofort nach Eingang der Stadt käuflich zu überlassen. Butter, Margarine, Schmalz und Eier dürfen an die Verbraucher nur in den ausdrücklich zugelassenen Läden und nur gegen Abgabe der Fettmarken verkauft werden. Die Kundenlieferung in die Häuser ist verboten. Bahn- und Postsendungen sind in den Polizeibezirken zu meiden.

In allen diesen Einrichtungen haben unsere Vertreter mitgewirkt; ihren Anregungen ist es auch zu danken, wenn sich jetzt ein Zweckverband gebildet hat, der die Kreise Bielefeld Stadt, Bielefeld Land und Halle umfassen soll. Er findet seine rechtliche Grundlage im § 12 der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfstellen. Seine Wirksamkeit soll sich darauf beschränken, den Handelsverkehr von Butter, Eiern und Fleischdauerwaren zu regeln.

Der Rat der Stadt Leipzig hat die Einführung von Kundenlisten für Fleisch angeordnet. Jeder Konsument erhält für die Woche 200 Gramm frisches Fleisch oder Gefrierfleisch mit Knochen, oder 100 Gramm frisches Fleisch oder Gefrierfleisch ohne Knochen, oder Wurst, Speck oder Rohfett, oder 240 Gramm Eingeweide außer Herz und Leber. Außerdem darf an Speck oder Rohfett bis zu 80 Gramm auf den Kopf und die Woche angemeldet werden.

Gegen das Aufspeichern von Vorräten.

Die westfälische Landwirtschaftskammer mahnt die Landwirte zu freiwilliger Abgabe ihrer Fleisch- und Fettüberschüsse. Sie weist auch darauf hin, daß eine Organisation zur Abnahme und Weiterleitung der Waren vorbereitet werde, und sie führt dabei u. a. aus:

„Es entsteht eine zunehmende Erbitterung bei der städtischen und industriellen Bevölkerung, wenn sie sich in den wichtigsten Lebensmitteln wie Fleisch, Fett, Milch, Butter, Eier usw. auf äußerste einschränken muß, während die ländliche Bevölkerung meist noch reichlich damit versehen ist, was namentlich bei den Fleisch- und Fettvorräten der Fall zu sein scheint.“

Die Kammer meint auch, daß eine Einschränkung insbesondere beim ländlichen Gebirge eintreten müsse. Das würde aber jetzt den Gutsherrn doppelt zugute kommen, und es wäre nur gerecht und billig, daß den Arbeitern entsprechende Entschädigung durch höhere Löhne gewährt würde.

Eine fette Gegend.

Kürzlich fand in dem schleswig-holsteinischen Markt Steden Süderbrarup und seiner Umgegend eine Bestandsaufnahme der Dauerwaren statt. Es wurden dabei 91 000 Pfund festgesetzt. Dabei kommen hier insgesamt nur 6436 Personen in Frage. Da die Angaben von den Besitzern der Dauerwaren selbst kommen, dürften die Angaben nicht zu hoch sein.

Wo steht das Fleisch?

In der „Deutschen Tageszeitung“ lesen wir: Eine einzige Firma inverteerte kürzlich im „Berliner Tageblatt“, wie schon mitgeteilt, nicht weniger als 230 500 Kilogramm Fleischkonserven als „sofort greifbar abzugeben“. In einer Sonntagsnummer desselben Blattes, das die Städte fortwährend wegen der angeblich auf dem Lande stehenden Fleischvorräte aufzureizen sucht, wurden angeboten: 13 Zentner Rinderstalg, 20 000 Pfundbrosen Blut- und Leberwurst, unbekannte Mengen von Rastfleisch, Rindfleisch, Sätze, Leberpatete, 100 Zentner geräucherter Schinken, 3500 Dosen Kalbszunge mit Kohlrüben, Schweinezungen, Rindfleisch, Hammelkoteletts. In einer Wochentagsnummer desselben Blattes wurden angeboten: große Posten Grischblutwurst, Blutwurst, rheinische Delikatessleberwurst, etwa 4000 Dosen Rindfleisch, 40 bis 50 Zentner prima Dauerzervelatwurst, 300 bis 400 Zentner Dosen Leberwurst p. Monat; daneben auch nahrhafte Fischsachen, wie größere Posten geräucherter Kalle, 1000 Pfundbrosen Schlei in Aspik, 300 Tonnen Heringe, diese allerdings „minderwertiger Qualität“ und deshalb als Rohmaterial für Schweine. Ob diese minderwertige Qualität durch zu langes Lagern eingetreten war, wie in jenem Falle, in welchem ein Expeditionsgefährt in der „Magdeburger Tageszeitung“ 170 Zentner „nicht mehr einwandfreie Wurst“ ausbot, ist leider nicht angegeben.

Eine Zuschrift des „Berliner Lokal-Anzeiger“ macht auf folgende Zeitungsausschnitte aufmerksam: Freibleibend: 80000 Kilo Rindfleisch in eigenem Saft, 25000 Pfund feinste Fleischwurst. — Offiziere freibleibend: 7 Waggons Corned Beef, 50000 Kilogramm Blutwurst. — 500 Zentner gefalenes Rindfleisch, 3000 Dosen Corned Beef. — Sofort abzugeben: 20000 Pfund Mettwurst, 20000 Pfund Schmalz, 100 Fässer Rindfleisch. — Wiederholte Lieferungen bis zu 50 000 Kilo gefrorenes Rindfleisch.

Die „Tägliche Rundschau“ vervollständigte diese Mitteilung durch die Feststellung, daß in der gleichen Nummer des „Berliner Lokal-Anzeigers“, die die Zuschrift veröffentlichte, von einer Berliner Firma 100 Zentner Salamiwurst und 50 Zentner Leberwurst angeboten wurden. Das „Hamburger Echo“ wies kürzlich auf eine Anzeige aus Frankfurt a. M. hin, in welcher für Kommunen 6 bis 8 Waggons, also 1000 bis 1800 Zentner garantiert reines Schweinefleisch angeboten wurden.

Die Vorräte, die in Groß-Berlin wie an anderen Orten durch die polizeilichen Hausdurchsuchungen bei Fleischern festgesetzt wurden, stellen zwar teilweise nicht zurückgehaltene Ware dar, drachten aber doch in vielen Fällen außerordentlich ansehnliche Posten zutage, darunter auch Ware, die bereits schlecht geworden war, weil sie zu lange zurückgehalten wurde. Um nur einen, freilich besonders krassen Fall, herauszugreifen, wurden bei einem einzigen Kölner Schlächtermeister nicht weniger als 89 000 Pfund Fett- und

Fleischwaren entdeckt, von denen schon 5000 minderwertig geworden und 10 000 vollständig verderben waren.

Aus Bromberg brachten ostdeutsche Blätter am 15. Mai folgende Mitteilung:

Die Bestandsaufnahme von Fleisch und Fleischwaren in der Stadt Bromberg und ihren Vororten hat die Erwartungen, die man an große Vorräte geknüpft hatte, weit übertroffen. Das genaue Ergebnis steht zur Stunde zwar noch nicht fest, allein so viel läßt sich mit aller Bestimmtheit schon heute sagen, daß wir über ganz gewaltige Vorräte verfügen, namentlich auch an Fleischkonserven, die ja dem frischen Fleisch gleichgemacht sind. Da diese Vorräte bei der Fleischversorgung des einzelnen wenigstens zum Teil in Anrechnung kommen, dürften wir über die schlimmste Zeit der Fleischknappheit hinweg sein.“

Dazu kommen nun aber zunächst die Vorräte, welche viele Städte in ihrem Besitz haben. Der Oberbürgermeister von Köln hat kürzlich den Vertretern der Presse erklärt, daß er für die Stadt Lebens- und Nahrungsmittel, auch Fleisch, für volle sechs Monate habe. Der Erste Bürgermeister von Münster teilte vor kurzem in der Stadtverordnetenversammlung mit, daß die städtische Verwaltung zunächst je 1000 Zentner Speck und Schmalz für die Stadt sichergestellt und außerdem noch für große Bestände vorgesorgt habe, die der Bürgerschaft im Laufe des Sommers angeboten werden könnten. In dem Schlachthaus der Stadt, in welches eine große Gefrieranlage neu eingebaut wurde, lagen 387 Stück Rindvieh in Form von Gefrierfleisch; augenblicklich verfüge die Stadt über 150 000 Pfund Rindfleisch und 10 700 Pfund Schweinefleisch, die sie von der Zentraleinkaufsgesellschaft bekommen habe.

Kriegs-Volkszählung in Leipzig.

Der Rat der Stadt Leipzig nahm, wie der „Börs. Ztg.“ mitgeteilt wird, am Sonntag eine Zählung der Einwohnerzahl vor. Der Zweck dieser Volkszählung war, möglichst schnell eine Zusammenstellung der Bevölkerungsziffer wegen der Lebensmittelversorgung zu erhalten. Die Listen wurden von der Schuljugend abgegeben. Wer der Zählung keine Beachtung schenkte, muß darauf gefaßt sein, Lebensmittelkarten nur unter Schwierigkeiten zu erhalten.

Die Volksbewegung gegen die Teuerung in Holland.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Der Aufruf der Arbeiterpartei an die Massen, die Regierung und die Bourgeoisie zu wirksamen Maßnahmen gegen die Teuerung zu treiben, hat Gehör gefunden. Die ersten Kundgebungen fanden am 15. in Amsterdam, Rotterdam und Utrecht statt. Ueberall waren gewaltige Massen zusammengeströmt. In Amsterdam vermochten einige Tausend in den drei Versammlungsorten nicht mehr Platz zu finden. Nach Schluß der Versammlungen vereinigten sie sich mit den Besuchern zu einem Zug, der — etwa 8000 Männer und Frauen zählend — mit Panieren, deren Inschriften den Protest gegen die Profitmacherei und die Verelendung verkündeten, durch die Hauptstraßen marschierte.

Verteuerung des Lebens für die englischen Arbeiterkreise.

Im „New Statesman“ vom 6. Mai heißt es: Die „Genossenschaftliche Großhandels-Gesellschaft“, die größte Lieferantin von Haushaltsbedarf in der Welt, die wöchentlich etwa für 1 Million Pfund Sterling verkauft, veröffentlichte einige einwandfreie Angaben über das Steigen der Nahrungsmittelpreise in der englischen Arbeiterklasse. Die Kaufkraft eines Pfunds Sterling vor zwei Jahren entspricht jetzt einer Kaufkraft von nur 11 Schilling 2 Pence. Für wöchentlich 5 Schilling, die der Staat den Altersrentnern gewährt, können diese nur noch Nahrungsmittel im damaligen Wert von 2 Schilling 11 Pence einkaufen. Eine wöchentliche Familienrechnung beim Kaufmann einschließend Mehl, die 1914 6 Schilling 8 Pence betrug, beläuft sich jetzt auf 8 Sh. 9 Pence; nur Speck ist auffällig billiger. Aus diesen Ziffern ergibt sich die Bedeutung der Maßregel des Munitionsministers, die Fabrikanten zu zwingen, ihren Lohnausgaben von weiblichen Arbeitern einen Mindestlohn von 1 Pfund Sterling die Woche zu zahlen. Leider arbeitet die Verwaltungsmaschinerie zur Erhöhung der Löhne langsamer als zur Herabsetzung von Granaten. Die Gerichtshöfe sind überfüllt mit Klagen, daß die vom Munitionsministerium festgesetzten Löhne nicht bezahlt werden. Es gibt noch erwachsene Frauen in kontrollierten Fabriken, und solche, wo sie ihre Stellung nach den neuen Bestimmungen nicht ohne Erlaubnis verlassen dürfen, die noch nicht einmal 3 Pence die Stunde bekommen.

Aus der Partei.

Zur „zeitgemäßen Feststellung“

des Genossen Otto Braun schreibt uns Genosse Gottschall Königsberg folgendes:

„Genosse Braun hat insofern recht, als auch bereits vor den gegenwärtigen Parteidifferenzen Parteimitglieder, die sich weigerten, ihre Parteibeiträge zu bezahlen, ohne das in unserem Organisationsstatut vorgesehene Ausschlussverfahren ihrer Mitgliedschaft verlustig geben konnten. Die vom Parteivorstand seinerzeit herausgegebenen Materialien für Organisationsleiter“ bemerken dazu: „Mitglieder, die infolge Nichtzahlens ihrer Beiträge ihrer Mitgliedschaft verlustig gehen, können von den Organisationsvorständen ohne weiteres aus der Mitgliederliste gestrichen werden.“ Diese Bestimmung ist bisher stets so verstanden worden, daß dies ohne sonstige förmlichkeiten geübte Streikrecht allein den Kreis- bzw. Ortsvereinsvorständen zustehende, die ja auch allein Mitgliederlisten führen. Genosse Braun irrt aber, wenn er behauptet, daß nur in seinem Sinne bisher in Publikationen von Parteinstanzen von einem Außerhalb-der-Partei-stellen die Rede gewesen sei. Die letzte Parteiaussschuss-sitzung hat vielmehr einen Beschluß gefaßt, in dem es unter anderem heißt: „In der deutschen Sozialdemokratie gibt es nur eine politische Organisation. Sonderorganisationen müssen zur Parteizugehörigkeit führen. Wer für solche Sonderorganisationen wirkt oder in ihnen Mitglied wird, stellt sich außerhalb der Organisation der Gesamtpartei.“ Hier ist also zum klaren Ausdruck gebracht, daß auch Parteigenossen, selbst wenn sie ihre Beitragspflichten pünktlich erfüllen, wegen ihres sonstigen Verhaltens ohne weiteres und ohne Ausschlussverfahren ausbilden, vollberechtigte Parteimitglieder zu sein. Das ist zweifellos völlig unvereinbar mit den Bestimmungen unseres Organisationsstatuts und dies „Gutachten“ des Parteiaussschusses völlig verfehlt, wie auf Grund seiner eigenen Ausführungen jetzt vielleicht auch Genosse Braun zugeben wird.“

Aus der schwedischen Partei.

Einem Stockholmer Bericht der Schweizer Parteipresse entnehmen wir:

Der Arbeiterkongress am 18./19. März hatte die Verhaftung von drei seiner Teilnehmer zur Folge, über denen die Klage wegen Landesverrats schwebte. Trotzdem die juristischen Sachverständigen, unter ihnen die drei Strafverteidiger in Stockholm, Upland und Lund, an die Unmöglichkeit eines zu fallenden Urteils glaubten, wurden dennoch wegen Anstiftung zum Landesverrat verurteilt: Genosse Höglund zu 3 Jahren Zuchthaus, der Syndikalist Oljelund zu 1 1/2 Jahren und Genosse Hedén zu 1 Jahr derselben Strafe.

Preise von Lebensmitteln in Groß-Berlin.

Ueber die Lebensmittelpreise des Kleinhandels berichtet das Berliner Statistische Amt jetzt aus Mitte Mai 1916. Wem...

Um Mitte Mai kostete in Pfennig das Pfund (wo nicht anders angegeben):

Table with 3 columns: Year (1914, 1915, 1916) and various food items like Kartoffeln, Speisefarbkartoffeln, Butter, etc.

Rur einzelne Waren haben Mitte Mai 1916 einen geringeren Preis als Mitte Mai 1915. Die Kartoffeln sind inzwischen nach...

Aus Groß-Berlin.

Ein städtisches Kohlenbergwerk?

In städtischen Kreisen wird jetzt ernsthaft die Frage geprüft, ob es nicht angebracht und vorteilhaft ist, ein eigenes Kohlenbergwerk zu erwerben.

Man die Bedingungen, unter denen der Erwerb eines eigenen Kohlenbergwerks für die Stadt Berlin erfolgen kann...

Wach dir, daß du ein Kunde bist!

Die Knappheit der Lebensmittel hat dazu geführt, daß in dem Verhältnis zwischen Geschäftsmann und Kundschaft manches anders geworden ist.

er die einst widerspruchslos hingenommenen Unfreundlichkeiten nun mit Zinsen zurückzahlen kann. Geklagt wird aber, daß bei dieser Umkehrung...

Das fünfzigjährige Bestehen des Verbandes der deutschen Buchdrucker hat der Berliner Gewerbeverein am Sonntag durch eine äußerst würdige Feier begangen.

Wie fährt sich's so gemütlich...

Neben die Ueberfüllung der Eisenbahnzüge in den Morgen- und Abendstunden wird fortgesetzt geklagt, ohne daß eine Abhilfe eintritt.

„Sonabend morgen konnte man auf dem Bahnhof Gesundbrunnen (Vorortbahnsteig) wieder Szenen erleben, die wert sind, der Behörde bekannt zu werden.“

Arbeiterbildungsschule. Morgen, Mittwoch, den 24. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im Hörsaal der Schule, Lindenstraße 3, 4. Hof rechts, 3 Treppen, der Dichterbildervortrag: „Die Mark Brandenburg als naturwissenschaftliches Wandergebiet“ statt.

Am Donnerstag, den 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet der erste der wissenschaftlichen Einzelvorträge statt. Genosse Eduard Bernstein wird über das Thema: „England und Irland“ sprechen.

Bestrafte Lebensmittelhändler.

- Das Polizeipräsidium teilt folgende Straffälle mit: 1. Milchhändler Martin Vietad, Jablonskistr. 38 wohnhaft, ist mit 75 M. eventuell 12 Tagen Gefängnis und 3 Tagen Haft bestraft worden...

Unterjäger Handelsbetrieb. Das Polizeipräsidium teilt mit: Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 28. September 1915 hat der Polizeipräsident von Berlin der Firma Richard Vogel u. Co., hier, Friedrichstr. 43, dem Kaufmann Richard Vogel und der Frau Helene Vogel, hier, Friedrichstr. 43, den Handel mit...

Gegenständen des Kriegsbedarfs, insbesondere mit Waden und Wollschaf, wegen Unzuverlässigkeit in bezug auf diesen Handelsbetrieb unterlagt.

Durch die Maschine gedrehtes Fett. Eine Leserin schreibt uns: Das ist auch ein vor dem Kriege in den Schlächtereien unbekannt gewesenes Erzeugnis. Nicht alle, aber viele Schlächtereien führen es seit einiger Zeit.

Zum Sparzwang der Jugendlichen.

Hierzu wird uns geschrieben: Durch die Verfügung des Oberkommandos in den Marken vom 18. März 1916 betreffend den Sparzwang der jugendlichen Personen beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren haben die Arbeitgeber solcher Personen die Verpflichtung, allwöchentlich, spätestens aber am fünften Tage nach der Lohnzahlung, den Sparbetrag an die nächstgelegene Sparkasse, deren es für Berlin elf gibt, abzuführen.

Das Spargeld wird für jeden Jugendlichen auf ein Buch eingezahlt, letzteres bleibt als gesperrt während der Dauer des Krieges auf der städtischen Sparkasse liegen. Bei den Einzahlungen dieser Gelder werden Formulare verwendet, die eigens für diesen Zweck hergestellt wurden, die aber jede Handlichkeit im Format vermissen lassen.

Bei der jetzt vorhandenen Knappheit von Papier sollte man meinen, daß auch die städtische Sparkasse bei Neubeschaffung von Formularen usw. diesen Umstand nicht unberücksichtigt lassen könnte.

Der sogenannte „Sammelnotiz“ ist ein Papier von 48 x 38 Zentimeter Größe und hat den einzigen Zweck als Quittung über eingezahlte Beträge dem Arbeitgeber zu dienen. Um es in der Tasche unterzubringen muß man es mindestens dreimal zusammenlegen.

Das Einzahlungsformular hat Oktavformat und ist um mindestens 1/2 zu groß, da auf den Sparkassen direkt in den allermeisten Fällen für eine größere Anzahl jugendlicher Beträge eingezahlt werden, diese Firmen zahlen auf Postkonten ein.

Aber hunderte Einzahlungen für 1-3 Personen erfolgen täglich und da genügt ein Zettel in Größe 16 x 10 Zentimeter analog dem Abmeldeformular.

Warum werden für die Quittungen an die Arbeitgeber nicht Karten, ähnlich der für Heimarbeiter in der Ortskrankenkasse, ausgegeben?

Diese Karte ist dauerhaft und bequem einzusetzen, leicht zu hantieren und schnell überprüfbar. Sie kann für 1-3 Personen auf 26 Wochen zur Eintragung und Quittung dienen.

Hoffentlich bewirken diese Zeilen eine dementsprechende Abänderung.

Schadenfeuer ist in der Nacht zum Sonntag in der Hauptwerkstatt der Großen Berliner Straßenbahn in der Uferstraße zum Ausbruch gekommen. Der Brand entstand wahrscheinlich durch Selbstentzündung von Pappplatten an einer Arbeitsmaschine gegen 2 Uhr nachts in demjenigen Teile der Reparaturwerkstatt, in welchem die Wagenkasten ausgebessert werden.

Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters.

In der Zeit vom 31. Mai bis 28. Juni veranstaltet das Philharmonische Orchester wiederum acht Volkskonzerte. Dieselben finden statt am 31. Mai und 17. Juni im Stadttheater in Moabit, am 8. und 24. Juni in der „Neuen Philharmonie“ Köpenickerstraße, am 2. und 14. Juni in den „Germania-Bräu-Fälen“, Chausseestraße, und am 21. und 28. Juni in der „Philharmonie“ in der Bernburgerstraße.

Eintrittskarten zu 30 Pf. sind zu haben bei der Berliner Gewerkschaftskommission und in der Zigarrenhandlung von Horst, Engelauer 15, woselbst die Programme eingesehen werden können. Eine Zulassung von Programmen findet nicht statt.

Aus der Spree gelaundet wurde bei Hirschgarten die Leiche eines unbekanntem jungen Mädchens von etwa 20 Jahren. Die Ertrunkene ist 1,61 Meter groß und trug ein graues Jackett, einen schwarzen Rock, eine blaue Akabakulise, braune Strümpfe und schwarze hohe Anstiefel.

Neben 30 Schwindeln hat ein Geschwisterpaar auf dem Korbholz, das mit dem Mietvertrag „arbeitete“, bis es jetzt unschädlich gemacht wurde, eine 26 Jahre alte Arbeiterin Verta Eliska und deren Bruder Adolf, ein junger Mann von 26 Jahren. Verta Eliska und ihre verheiratete Schwester Klara Rott suchten früher unter dem Namen Geschwister Hoffmann, Rami, Weder, Klinger, Schilfner, Kowalski, Groh, Feidler usw. Kleiderwerkstätten heim, die Heimarbeiten zu vergeben hatten.

Defensitive Belogigung. Das Polizeipräsidium teilt mit: Die Schillerinnen der Luise-Genetie-Schule in Berlin-Tempelhof, Gertrud Mattheus und Isolda Jannich, in Berlin-Tempelhof wohnhaft, haben am 28. Februar die 9 Jahre alte Klara Mattheus, welche auf dem zugefrorenen Teich „Blanke Höhe“ eingebrochen

war, vom Tode des Ertrinkens errettet. Der Polizeipräsident von Berlin bringt diese von Mut und Entschlossenheit zeugende Tat der jugendlichen Kletterinnen mit dem Ausdruck der Anerkennung zur öffentlichen Kenntnis.

Geperret. Die Wellermannstraße zwischen der Jülicher Straße und der Swinemünder Brücke, einschließlich dieser, wird wegen Gleisarbeiten vom 23. Mai ab auf kurze Zeit gesperrt.

Sportpark Treptow. Die am Sonntag abgebrochenen Rennen wurden gestern zu Ende gefahren. Die Resultate der einzelnen Rennen sind:

Dreier-Wettkampf zwischen Mütt, Stabe und Lorenz in drei Läufen mit Punktwertung. 1. Lauf: Mütt vor Stabe und Lorenz. Letzterer konnte infolge Reifenschadens in den Endspurt nicht eingreifen. — 2. Lauf: Lorenz vor Stabe und Mütt. — 3. Lauf: Lorenz vor Mütt und Stabe. — Gesamtergebnis: Sieger Lorenz mit 5 Punkten vor Mütt und Stabe mit 6 und 7 Punkten.

Preis von Treptow. Dauerrennen mit zwei Vorläufen und dem Entscheidungslauf über je 20 Kilometer. 1. Vorlauf: Lehmer vor Knischow und Schulze 620 und 650 Meter zurück. Beide gab das Rennen auf. — 2. Vorlauf: Pawle vor Hoffmann, Kaufhof und Koch 470, 1310 und 3050 Meter zurück. — Die ersten beiden aus diesen Vorläufen bestritten den Entscheidungslauf. Pawle gewann den Lauf und damit das Rennen in 18 Min. 25 Sek. Hoffmann lag 230, Lehmer und Knischow 710 und 720 Meter zurück.

Ein Vorgabefahren wurde von Niederkrone (130 Meter Vorgabe) vor Seinke und Abraham (150 und 70 Meter Vorgabe) gewonnen. Mütt, Stabe und Lorenz endeten im geschlagenen Felde; sie konnten die großen Vorgaben der Treptower Fahrer nicht aufholen.

Aus den Gemeinden.

Aus der Gemeindevertretung in Mariensfelde.

In der letzten Gemeindevertretung wurde der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1916 festgesetzt. Es sollen erhoben werden: 140 Proz. Zuschlag zur Staatskommunalfsteuer von Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von 420 M. ab sowie von Forsten und Steuerpflichtigen mit doppeltem Wohnsitz. 225 Proz. Gewerbesteuerzuschlag zu den staatlich veranlagten Beträgen der Klassen I und II und 150 Proz. zu den der Klassen III und IV. Als Gemeindegrundsteuer wurden 8 M. pro Wille vom gemeinen Wert der bebauten und unbebauten Grundstücke festgesetzt. An sonstigen Steuern sind in den Etat eingelegt: Postabgabensteuer mit 200 M., die Hundesteuer mit 1800 M. (20 M. für jeden Hund), Umjahsteuer mit 1500 M. und Futwachssteuer mit 1000 M. Die gesamten Einnahmen sind auf 306 500 M. veranschlagt. Die Kreissteuern, die auf den Gemeindeetat mit übernommen werden, belaufen sich auf 53 440,96 M., die Mehrbelastung durch den Bau des Teltowkanals beträgt 2287,87 M.

Bei der Wahl resp. der Ergänzung der verschiedenen Kommissionen wurde Genosse Grellich in die Armen-, Bau- und Bibliothekskommission gewählt. Ferner wurde beschlossen eine Anleihe von 100 000 M. aufzunehmen zur Beschaffung von Lebensmitteln. Das Gesuch des Gemeindevorstehers um Gehaltszulage wurde abgelehnt mit der Begründung, er hätte bei der Versorgung der Einwohner mit Lebensmitteln gänzlich versagt. Den Gemeindevorstand wurde eine Lohnzulage von 15 Proz. bewilligt. Genosse Grellich beurteilte die bisherige Untätigkeit der gesamten Gemeindevertretung in der Lebensmittelfrage und sprach die Hoffnung aus, daß durch die bewilligten 100 000 M. endlich in dieser Beziehung eine Aenderung eintritt.

Gründung einer Kriegswirtschafts-Gesellschaft m. b. H. im Kreise Teltow.

Unter Beteiligung des Kreisamtsverbandes des Kreises Teltow und der größeren Vorortgemeinden des Kreises als Gesellschafter ist Sonnabend im Teltower Kreisshaus die Teltower Kriegswirtschafts-Gesellschaft m. b. H. gegründet worden. Die Gesellschaft bezweckt, alle Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung und zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens im Kreise Teltow während des Krieges und auch für die erste Zeit nach dem Kriege. Die Notwendigkeit, eine solche Kriegswirtschafts-Gesellschaft zu schaffen, ergab sich daraus, daß der Wettbewerb der einzelnen Gemeinden auf dem Markt möglichst eingeschränkt werden soll. Um das Handhabbarwerden mit den Gemeinden zu gewährleisten, ist außer dem Aufsichtsrat, der durch den Kreisamtschef gebildet wird, ein Vorstand gewählt worden. Zum Geschäftsführer und zum ständigen Stellvertreter sind Freiherr v. Rheinbaben und Dr. Schumde von der Teltower Kreisverwaltung bestellt. Die Verkaufs- und Lagerstelle befindet sich im Lagerhaus des Kreises in Tempelhof am Teltowkanal. Dort wird die Verteilung des Zuders, der Eier usw. an die 19 Kriegswirtschaftsbezirke vorgenommen, in die das Kreisgebiet eingeteilt ist. Ebenso findet dort die Verteilung der Lebensmittel, Fleischkonzerben, Dörrgemüse usw. statt, die die G. m. b. H. im freien Handel aufkauft.

Die Charlottenburger Preisprüfungskasse gegen schweres Einschlagpapier für Lebensmittel.

Der Magistrat der Stadt Charlottenburg schreibt: Schon in Friedenszeiten ist es bedauerlicherweise ein ständiger Brauch vieler Lebensmittelhändler gewesen, Einschlagpapier zu verwenden, dessen Gewicht einen unerbittlich hohen Teil des Gewichts der eingeschlagenen Ware in Anspruch nimmt. In den gegenwärtigen Zeiten allgemeiner Teuerung hat sich diese Mißbräute geradezu zu einem Krebsgeschwür beim Lebensmittelverkauf ausgewachsen. Wenn man bei 125 Gramm der eingeschlagenen Ware 25 Gramm für das Einschlagpapier in Abzug bringen muß, so wird die Ware, die an sich schon unerbittlich teuer ist, um volle 20 Prozent verteuert. Diesem Unfuge mit aller Entschiedenheit zu steuern, hat die Preisprüfungskasse Charlottenburg beschlossen und warnt die Händler eindringlich, zum Einschlagen von Lebensmitteln, die Brutto für Netto verabsolgt werden, zu schwerem Einschlagpapier zu nehmen.

Kursus für Mütter und junge Mädchen.

Im Hörsaale des Säuglingskrankenhauses in Weihensee beginnt am 5. Juni d. J. ein unentgeltlicher Kursus für Mütter und junge Mädchen. Der Unterricht findet statt an jedem Montag und Donnerstag von 5—8 Uhr nachmittags. Der ganze Kursus dauert acht Wochen und umfaßt einen praktischen und einen theoretischen Teil. Anmeldungen sind bis zum 4. Juni d. J. an das Säuglingskrankenhaus Berlin-Weihensee zu richten. Weitere Auskünfte wird täglich von 10—12 Uhr erteilt.

Gerichtszeitung.

Überschreitung der Höchstpreise.

Wegen Überschreitung der in der Bekanntmachung des Bundesrats vom 4. November 1915 festgesetzten Höchstpreise für Schlachtschweine hatten sich gestern mehrere Viehhöfe I unter Vorbehalt des Landgerichtsdirektors Becker zu verantworten.

Angelagt waren: 1. Der Verkäufer Gottfried Dörre von der Firma Ebstädt; 2. der Viehkommissionär Oskar Metwes, Inhaber der Firma G. Fuhrmann; 3. der Viehkommissionär Otto Jahn, von der Firma Jahn u. Westphal; 4. der Geschäftsführer Fritz Müller von der Firma Kiede u. Wolge; 5. der Verkäufer Ernst Müller von der Firma Müllersberg; 6. der Viehkommissionär Joseph Weisler; 7. der Verkäufer Karl Sell; 8. der Verkäufer Oskar

Riesewetter; 9. der Verkäufer Albert Henze; 10. der Händler Paul Lichtenstein. — Durch die am 12. November 1915 in Kraft getretene Verordnung des Bundesrats vom 4. November 1915 sind je nach Gewicht der Schweine abgekufte Höchstpreise festgesetzt worden. Nach der Bundesratsverordnung beträgt der Preis für den Zentner Lebendgewicht für Berlin bei Schweinen im Gewicht von über 120 Kilogramm 120 M. pro Zentner, 100—120 Kilogramm 110 M., 80—100 Kilogramm 100 M., über 60—80 Kilogramm 85 M., unter 60 Kilogramm 70 M. Die Angeklagten sollen nun in den ersten Markttagen nach der Einführung der Höchstpreise diese dadurch umgangen haben, daß sie leichte und schwere Schweine zusammen veräußerten und dadurch das Durchschnittsgewicht eine höhere Klasse ergab, als die, der die leichteren Schweine angehörten. Schweine im Gewicht von 60—80 Kilogramm haben den Höchstpreis von 85 M. pro Zentner. Wegen Schweine gerade 80 Kilogramm, so gehören sie nach Ansicht der Anklagebehörde zu dieser Klasse und nicht in die höhere. Nicht ganz in Übereinstimmung damit steht der offizielle Marktbericht des Berliner Viehhofes vom 16. November 1915, der Schweine unter 80 Kilogramm mit dem Preise 85 M. und solche von 80 bis 100 Kilogramm mit dem Preise 100 M. notierte. Staatsanw.-Assessor Schüge beantragte die Freisprechung des Angeklagten Henze, im übrigen aber die Verurteilung aller anderen Angeklagten und zwar: des Dörre zu zwei Wochen, Metwes zu zwei Monaten, Jahn zu sechs Monaten, Fritz Müller zu ein Monat, Ernst Müller zu drei Monaten, Weisler zu sechs Wochen, Sell zu zwei Wochen, Riesewetter zu zwei Wochen, Lichtenstein zu ein Monat Gefängnis. — Die Verteidigung beantragte in allen Fällen die Freisprechung. — Das Gericht hielt eine Ueberschreitung der Höchstpreise für festgesetzt und zwar dadurch, daß in einigen Grenzfällen Schweine im Gewicht von 80 Kilogramm in die höhere Stufe der Preisstala gebracht worden seien und in anderen der Durchschnittspreis falsch berechnet worden sei. Das Gericht erkannte auf Freisprechung der Angeklagten Henze, Lichtenstein und Fritz Müller und verurteilte die Angeklagten Dörre (1 Fall) zu 150 M., Metwes (2 Fälle) zu 400 M., Jahn (7 Fälle) zu 2400 M., Ernst Müller (6 Fälle) zu 1000 M., Weisler (2 Fälle) zu 600 M., Sell (1 Fall) zu 150 M., Riesewetter (1 Fall) zu 50 M. Geldstrafe event. für je 10 M. ein Tag Gefängnis.

Gewässerte Brotkartenschnitte.

Unter dieser Epithete berichteten wir seinerzeit über eine vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelte Angelegenheit gegen den Bäckermeister Gustav Bruschwitz aus der Raugarder Straße, der beschuldigt war, die von seinen Kunden erhaltenen Brotkartenschnitte, deren auf der Brotkommission festzustellendes Gewicht maßgebend für die dem Bäckermeister zuzurechnende Menge ist, angefeuchtet zu haben, um das Gewicht künstlich zu erhöhen. Das Schöffengericht hatte ihn für überführt erachtet und zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Verurteilung sprach den Angeklagten frei, indem es nicht für genügend nachgewiesen erachtete, daß er seinerseits irgendwie veranlaßt habe, die Brotkarten durch Wasser zu beschweren.

Höchstpreise und Fahrlässigkeit.

Wegen Überschreitung der Höchstpreise für Butter war der Butterhändler Grund in Essen verurteilt worden. Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, weil dieses die Frage der Fahrlässigkeit ohne genügende Begründung bejaht habe. Es gebe zu, daß Angeklagte zur Zeit in Holland war, als die Höchstpreise festgesetzt wurden. Es meine aber, er hätte sich doch um die Zeitungen kümmern müssen. Das Landgericht habe aber dabei nicht erwoogen, daß, wenn Angeklagter wirklich bis kurz vor der fraglichen Überschreitung des Höchstpreises in Holland war, er gar nicht die Möglichkeit hatte, informierende deutsche Tageszeitungen zu erlangen. Es sei bekannt, daß jetzt solche Zeitungen ins Ausland, auch ins neutrale Ausland, nur mit großen Schwierigkeiten gelangen. Darum müsse die Frage der Fahrlässigkeit nochmals geprüft werden.

Schamlosigkeit gegen Kriegerfrauen.

Der frühere Kaufmann Bernhard Volker war in Niemege zum stellvertretenden Sparfassenkontrollleur ernannt. Als solcher gestattete er sich im Kassenbureau die handgreiflichsten Zärtlichkeiten gegen Kriegerfrauen. Eine derselben beschwerte sich hierüber beim Bürgermeister. Dieser entließ den Kontrollleur sofort aus dem Amt und veranlagte, daß gegen ihn Strafantrag wegen Beleidigung gestellt wurde. Das Schöffengericht in Belgig verurteilte den Mann wegen seiner an verdächtige Notzucht streifenden Beleidigung zu 150 Mark. Gegen dieses niedrige Strafmaß legte der Angeklagte Verufung ein. Da nicht auch die Staatsanwaltschaft Verufung eingelegt hatte, konnte die Strafkammer in Potsdam die Strafe nicht erhöhen und mußte mit der Verwerfung der frivolen Verufung sich begnügen. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der Angeklagte sich öfters Uebergreife gegen Kriegerfrauen hatte zu Schulden kommen lassen.

Falscher Verdacht.

Mit der Frage der Gutgläubigkeit bei Verbreitung unrichtiger Gerüchte beschäftigte sich in einem Strafprozeß wegen Beleidigung das Kammergericht.

In der kleinen märkischen Stadt Friesack lebt seit einer Reihe von Jahren der Ingenieur Krause mit seiner aus aus Puzland (Polen) stammenden Frau. Seine Schwiegermutter besitzt in einem Vorort von Warschau ein größeres Gelände, bei dessen Erschließung ihr Krause behilflich sein wollte. Deshalb sandte er ihr geraume Zeit vor dem Kriege Bewässerungspläne und auch einen Parzellierungsplan des Tempelhofer Feldes. Ein Mitbürger hatte seinerzeit die Pläne gesehen. Nach dem Kriegsausbruch, als überall auf Espione gefahndet wurde, entkam sich der Herr der Pläne und verdächtige Krause der Spionage zugunsten Rußlands. Ein Wachtmeister erschien bei Krause. Es kam zu Ausfragen und der Wachtmeister, der die von aufgereizten Personen verlangte Verhaftung Krauses ablehnte, mußte ihn schließlich zu seinem eigenen Schutz in Schutzhaft nehmen. Bald klärte sich, unter Mithilfe des schnell aus Rathenow herbeigeleiteten Landrats, die Sache zugunsten Krauses auf. Der Landrat erklärte dann verschiedenen Leuten, die sich beteiligt hatten, Krause sei ein ebenso guter Deutscher wie sie. Auch machte der Landrat, dem gegenüber sehr angelegene Leute sich über Krause günstig geäußert hatten, es mehreren Magistratsmitgliedern in Friesack zur Pflicht, dafür zu sorgen, daß Krause nicht mehr behelligt werde. Verschiedene Herren entschuldigten sich eilig bei Krause, der Landrat vermittelte in einer von Krause angestregten Privatbeleidigungssache, und so schien alles gut zu sein.

Im Sommer 1915 kam in einer Wirtschaft in Friesack das Gespräch auf den früheren Verdacht gegen Krause. Herr Aue, der im öffentlichen Leben Friesacks eine Rolle spielt, äußerte, er habe ja auch nicht daran geglaubt, aber verschiedene Umstände sprächen doch für den Verdacht. Dazu machte er dann noch einige Ausführungen. Aue wurde demnach wegen Beleidigung Krauses angeklagt, weil er die nicht erweislich wahre Tatsache behauptet und verbreitet hätte, daß Krause ein russischer Spion sei.

Das Landgericht in Potsdam sprach Aue jedoch (gleich dem Schöffengericht) frei. Es führte u. a. aus, daß Angeklagter sich lediglich darauf beschränkt habe, eine Reihe Tatsachen anzuführen, um den in Friesack verbreiteten Verdacht der Spionage zu rechtfertigen. Wenn auch die Zeugnungen nicht zu trüben, billigte das Landgericht dem Angeklagten den

Schuh des § 198 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zu. Er habe den guten Glauben gehabt, die Unternehmung sei noch nicht abgeschlossen, und habe deshalb in einer Zeit, wo fortwährend von Spionage gewarnt werde, auch zu warnenden Äußerungen das Recht gehabt. In Betracht komme, daß er Mitglied des Militärvereins sei und sich mit Militärpersonen unterhalte.

Das Kammergericht hob jetzt auf die Revision des Rebenlagers Krause das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht mit folgender Begründung zurück: Die Vorentscheidung müsse deshalb aufgehoben werden, weil das Landgericht nur die einzelnen Äußerungen Aues auf ihre Wahrheit geprüft, es aber unterlassen habe, festzustellen, was denn der Angeklagte Aue mit der Mehrheit seiner Äußerungen eigentlich habe sagen wollen. Da gebe es zwei Möglichkeiten: Entweder habe Aue behaupten wollen, Krause sei ein Spion, oder er habe behaupten wollen, es bestche heute noch in Friesack begründeter Verdacht der Spionage gegen Krause. Ob nun der Angeklagte das eine oder das andere behaupten wollte, sage das Landgericht nicht. Dieser Mangel müsse unbedingt zur Aufhebung und Zurückverweisung an die Vorinstanz führen. Im übrigen wurde bemerkt, daß im allgemeinen ein Rechtsirrtum bezüglich des § 193 nicht vorliege, abgesehen von einem Punkt, der zu beanstanden wäre. Das Landgericht habe nämlich veräußert, festzustellen, daß der Angeklagte, als er seine Äußerungen tat, auch die Absicht gehabt habe, nur zu warnen.

Aus aller Welt.

Das „Verfehlen“ der Arbeiterblätter.

Auf den Redaktionstisch der Budapest „Nepzava“ lag ein interessanter Brief. Der Schreiber ist der Pfarrer Johann Richter, Abgeordneter von Alsotubin, Mitglied der Nationalen Arbeitspartei. Der Brief ist an den Sekretär des Fürstprimas von Ungarn gerichtet und lautet:

Klub der Nationalen Arbeitspartei.
(Budapest, VII. Karlöring Nr. 3.)
Telephon 87—57.

Telegrammadresse: Labor Budapest.
Hochwürden! In Ergänzung meines an Seine Eminenz den Herrn Kardinal-Fürstprimas erstatteten Berichtes erlaube ich mir, rasch noch mit einer Aufklärung zu dienen.

Mit Rücksicht auf die tiefe Ehrfurcht, die ich Ihrer Eminenz schulde, kann ich mich an ihn mit einem Privatbrief nicht wenden, weshalb ich höflich bitte, Euer Hochwürden mögen so gnädig sein, Ihrer Eminenz mitzuteilen, daß „Nepzava“ und „Bilag“ tatsächlich nicht von der Epitalkommission des Amtes für Kriegshilfe, sondern von den Ausgabestellen der betreffenden Blätter an die ungarischen Kranken und verwundeten Soldaten gesendet werden. In der „Kriegshilfe“ verfehlen wir ganz einfach diese Blätter, aber freilich im geheimen.

Diese Blätter von Amis wegen aus den Spitälern zu verbieten, ist natürlich unmöglich, weil dadurch derartige Unannehmlichkeiten entstehen können, denen unter den jetzigen Verhältnissen unbedingt ausgewichen werden muß. Das kann aber auch ohne jedes Aufsehen und vorzüglich von einzelnen beherzten Damen und Herren geschehen. Im Hinblick auf Prag wurden schon Verfügungen getroffen. Eine beherzte, gute, katholische Frau, die jetzt in Prag wohnt und die alle Spitäler kennt und über den nötigen Einfluß verfügt, hat es auf sich genommen, während ihres hiesigen Aufenthaltes der ehren Aufgabe zu dienen und diese Blätter verschwinden zu lassen.

Vielleicht läßt sich auch an anderen Orten auf diese Weise helfen. Hauptsache bleibt doch immer, daß in den Händen der armen Soldaten je mehr gute Zeitungen und guter Lesestoff gelangen. Die Sozialisten entsalten jetzt eine rege Propaganda, und ich habe berechtigten Grund, anzunehmen, daß dies in Wäde seine schlechtesten Früchte zeitigen wird, wenn wir nicht mit Gegenaktion mit allen erlaubten Mitteln und mit ganzer Kraft einsehen.

Meine untertänigste Bitte wiederholend, verbleibe ich mit auferordentlicher Hochachtung Ihr ergebener Diener

Johann Richter.

Die „Nepzava“ ist ein sozialdemokratisches Blatt, der „Bilag“ ein demokratisches Organ. Das Vorgehen des Herrn Pfarrers Richter und seiner würdigen Bundesgenossen ist solcher Art, daß es zurzeit nicht mit der nötigen Bezeichnung bedacht werden kann. Nur soviel sei bemerkt, daß das Verschwindenlassen der Zeitungen nicht mehr und nicht weniger als ein Diebstahl ist. Die frommen Herrschaften in Budapest und Prag scheinen aber das siebente Gebot nicht zu kennen.

Die steptischen Diebe.

An dem Laden der Fleischerei Kuczeja in Kattowicz prange in letzter Zeit sehr oft ein Schild mit der Aufschrift: „Wegen Fleischmangel geschlossen.“ Enttäuscht machte das Publikum, wie die „W. a. W.“ erzählt, vor dem Laden kehrt. Nur die Diebe hatten das Vertrauen zu Kuczeja nicht verloren. Sie brachen nächtlicherweise ein und kamen auch auf ihre Kosten. Denn sie stahlen, wie es im Kattowitzer Polizeibericht heißt, „viel Fleischwaren und Speck“. Und das Publikum, heralzo wie es ist, hat nicht einmal Mitleid mit dem armen, beraubten Kuczeja!

Feuersbrunst in einem schwarzwälderischen Dorf. Aus Donau- eschingen wird gemeldet: Sonnabendnachmittag brach in Un- bingen in einem Hause ein Feuer aus, das schnell um sich griff und in drei Stunden 13 Anwesen einäscherte. Das Vieh konnte rechtzeitig gerettet werden. Menschenleben sind nicht zu- schaden gekommen.

Parteiveranstaltungen.

Sechster Wahlkreis.

Heute abend 8 1/2 Uhr findet in den Pharusälen in der Müllerstraße die Generalversammlung des Kreises bestimmt statt, und es werden insbesondere die Delegierten gebeten, pünktlich zu erscheinen. Zutritt nur gegen Eintrittskarte. Für Zuhörer sind Gastkarten ausgegeben, die zum Eintritt berechtigten.

Neukölln. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet heute abend statt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 5, IV. 507 rechts, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Rücklaß und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsauskunft beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

E. S. Ihr Vorhaben ist gewiss! Sie können sich auf viele Art der Pfändung nicht entziehen. Eventuell wird auf Ihren Lohn Beschlag gelegt. — W. B. 127. 1. Der Kauf könnte wegen Irrtums rückgängig gemacht werden. Betrug dagegen liegt wohl nicht vor. 2. Ist uns nicht bekannt. — E. S. 47. Eine solche Reklamation hätte wohl Aussicht auf Erfolg, namentlich wenn Sie ein ärztliches Attest beibringen könnten. — G. B. 4. 1. und 2. Ja. 3. Nein. — C. 2. Thüringen. Ja. — G. B. 8. Eine Reklamation ist aussichtslos, wenn Ihr jetziges Einkommen die angegebene Höhe hat.

Weiterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag mittag. Zeitweise keller, jedoch überwiegend bewölkt mit viel verdeckelten, meist leichten Regenschauern, streichweise Gewitter; Temperaturen wenig verändert.